

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.50 Reichsmark...

Der 'Mormärts' mit der Sonntagsbeilage 'Woll und Feil'...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Mormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 3. November 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Kumpfkabinett und Kumpfskoalition.

Die Sitzung bei Luther.

Herr Luther versammelt heute die letzten Reste der gewesenen Rechtskoalition...

Inwieweit diese drei Parteien, die zusammen im Reichstag nur 139 Stimmen aufbringen...

Wollen die Mittelparteien das Werk von Locarno vollenden, so sind sie dabei auf die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten angewiesen...

Die heutige Konferenz kann also in fünf Minuten zu einem fruchtbareren Resultat kommen...

Schieles 'lautes, freudiges Ja'

Aus der Sitzung des Kabinetts vom 22. Oktober, in der laut allemnäheriger Feststellung...

Der deutschnationale Innenminister Schiele wurde gefragt, ob er das Werk von Locarno billige...

Wozu sich der offizielle Vertrauensmann im Kabinett, der frühere Fraktionsvorsitzende Schiele...

Das geradezu harterlinadenhafte Durcheinander, das bei dem Zusammenbruch der Rechtskoalition herrschte...

Hatte man den Voten am Ende absichtlich zu spät geschickt?

In später Abendstunde verbreitet Wolffs Bureau folgendes mangelhafte Dementi:

Zu der Mitteilung des 'Berliner Tageblattes' vom 2. November 1925 über Einzelheiten aus einer Sitzung...

Stresemann gegen die Deutschnationalen.

Königsberg, 2. November. (Zl.) Bei dem Festbankett anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums der 'Königsberger Allgemeinen Zeitung'...

Vor der französischen Kabinettsklärung.

In Erwartung der sozialistischen Zustimmung.

Paris, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Kabinettsrat, den das neue Ministerium am Montag vormittag abgehalten hat...

Im Anschluß an den Ministerrat hat Painlevé die Mitglieder der politischen Kommission der sozialistischen Partei empfangen...

Der 'Antirassigant' meldet, daß die Regierungserklärung voraussichtlich sehr kurz sein wird. Sie werde eine kurze Darlegung der innen- und außenpolitischen Lage enthalten...

Frankreichs syrische Sorgen.

Damaskus abgeschnitten - Dupont übernimmt Oberbefehl

Paris, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage in Syrien ist nach wie vor im höchsten Grad undurchsichtig.

Selbst in den Meldungen der französischen Nachrichtenagenturen wird nunmehr zugegeben, daß in Damaskus und vor allem in der Umgebung der Stadt die Ruhe und Sicherheit noch nicht wieder hergestellt werden konnte...

Ein Teil der in das Innere entsandten französischen Truppen mußte zum Schutze der Stadt zurückberufen werden.

General Sarrail, der sich am 8. November nach Frankreich einschiffen wird, hat bereits am Sonntag den Oberbefehl und die Leitung des französischen Völkerbundsmandats dem zu seinem vorläufigen Nachfolger bestimmten General Dupont übergeben.

Eine Milderung der Besetzung.

Aufhebung der Nationalbeschränkungen.

Als erste Milderung der Besatzungsregimes wird, wie der Reichsdienst der deutschen Presse meldet, eine Ordonnanz der Rheinlandkommission erwartet, die Nationalbeschränkungen aufhebt.

Der Eindruck in Frankreich.

Rückwirkungen deutschnationaler Regierungskunst.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 1. November.

Eine unglückselige Verkettung der innerpolitischen Umstände hat es gewollt, daß die Ergebnisse der Konferenz von Locarno, deren Verhandlungen in Frankreich leidenschaftliches Interesse wachgerufen hatten...

Es wäre aber ein großer Irrtum, anzunehmen, daß man sich deshalb in den maßgebenden politischen Kreisen weniger mit den in Locarno erzielten Ergebnissen und vor allem mit dem Echo, das sie in Deutschland gefunden haben, beschäftigte.

Jedenfalls ist ein eisiger Reiz auf die Vertrauenswelle gefallen, die nach Locarno über ganz Frankreich hinwegging.

Von deutscher offizieller Seite hatte man seit Monaten nicht aufgehört, den Alliierten und vor allem Frankreich gegenüber zu betonen, daß für die öffentliche Meinung der westeuropäischen Staaten, die den Kriegsschauplatz bildeten...

Uebrigens ist es ein öffentliches Geheimnis, daß der Präsident der Republik, der Briand nach seiner Rückkehr zu seiner Politik beglückwünschte, gewisse Beschränkungen, die durch die Haltung der Deutschnationalen in ihm hervorgerufen worden sind...

um so besser ist es für Deutschland, vor allem aber für das Rheinland. Darüber sollte man sich jedenfalls im Klaren sein: Je schneller die Rückwirkungen der deutschen Nationalen Regierungskunst auf das Ausland durch die Schaffung klarer Verhältnisse behoben sind, desto günstiger wird es um die Rückwirkungen von Locarno stehen.

Rachschrift der Redaktion: Die ruhig objektiven Darlegungen unseres Pariser Korrespondenten bilden die beste Erläuterung zu den Pariser und Londoner Meldungen, die jetzt von der deutschen Rechtspreffe veröffentlicht werden. Der „Lokal-Anzeiger“ zum Beispiel teilt seinen Lesern die angebliche englische und französische Auffassung unter der dicken Schlagzeile mit: „Ohne die Deutschenationalen geht es nicht.“ Für diese Auffassung kann er sich freilich nur auf das nationalstische „Ego de Paris“ berufen, in dem ausgeführt wird, der Vertrag von Locarno habe für Frankreich nur dann Wert, wenn er von den Deutschenationalen, den wahren Gegnern Frankreichs unterzeichnet werde. Diese Aeußerung beweist nichts anderes, als daß die französischen Nationalisten gern die Gelegenheit wahrnehmen, das ganze Verständigungswerk gemeinsam mit ihren deutschen Gesinnungsgenossen zu bekämpfen und womöglich zu vernichten.

Der „Lokal-Anzeiger“ weiß außerdem mitzuteilen, daß der Reichspräsident v. Hindenburg in englischen Blättern wegen seiner Haltung in der Politik sehr gelobt werde. Ein Glück, daß das diesmal Herrn v. Hindenburg passiert ist und nicht dem „Vorwärts“. Sonst hätten wir gewiß im „Lokal-Anzeiger“ gelesen, es sei wieder einmal der Beweis dafür geliefert, daß der „Vorwärts“ nur die Geschäfte des Auslands besorge!

Achtung, Manöver!

Der Sinn der neuen kommunistischen Taktik.

Die Parteikonferenz der Kommunisten hat die Diskussion in der Kommunistischen Partei abgeschlossen. Die kommunistische Parteizentrale wird von den Führern der Ultralinken gereinigt und mit Kommunisten besetzt, die der Exekutive in Russland ergeben sind. Die politischen Richtlinien, die die Konferenz aufgestellt hat, entsprechen den Forderungen, die in dem bekannten Briefe der Exekutive an die deutsche kommunistische Partei aufgestellt worden sind. Es handelt sich darum, daß unter russischem Einfluß die deutsche kommunistische Partei größere taktische Geschicklichkeit in der Entwicklung einer Demagogie aufzeigen soll, die auf das Einfangen der sozialdemokratischen Arbeiter berechnet ist. Die „Entlarvungsstrategie“ soll etwas zurückhaltender als in ihren Glanzzeiten, dafür aber um so intensiver betrieben werden. Wenn jedoch die Kommunisten daran denken, daß diese dummschlaue Entlarvungsstrategie Erfolg haben könnte, so graut ihnen selber davor. Der Vertreter der Exekutive auf der kommunistischen Parteikonferenz führte aus:

„Die rechte Gefahr könnte uns mit einer neuen scharfen rechten Krise nur unter einer Bedingung bedrohen, nämlich wenn wir durch intelligente Taktik im Kampfe um die Massen einhundert- bis zweihunderttausend sozialdemokratische Arbeiter gewinnen werden. Diese neuen Schichten könnten, wenn sie in die Partei eindringen, den Brandstiftersunwandelhaft stark galvanisieren. Dann hätten wir uns in unserer Gesamtheit wieder gegen diese rechte Gefahr zu wenden.“

Das heißt also: Wenn sozialdemokratische Arbeiter der kommunistischen Demagogie erliegen und zur kommunistischen Partei stoßen sollten, so werden die Kommunisten auf Anweisung von Moskau ihnen beizubringen suchen, daß kommunistische Versprechungen in der Entlarvungsstrategie nicht ernst zu nehmen sind und daß sie lediglich wie Heloten jedem Wind von Moskau gegenwärtig stehen müßten.

Mit dieser unaufrichtigen auf offenen Betrug gegründeten Politik werden die Kommunisten ebensowenig Erfolg haben wie mit den Manövern, die sie bisher angestellt haben.

Sinowjew und der Frontkämpferbund.

Merkwürdige Fortlassungen.

In der „Roten Fahne“ vom 30. Oktober wurde wieder einmal eine Rede Sinowjews wiedergegeben, die in der Plenarsitzung des russischen Zentralkomitees über die Lage in der kommunistischen Partei Deutschlands gehalten war. Diese Rede ist höchst interessant, da sie die Stellung der Moskauer Zeitung zu der Krise in der KPD wiedergibt. Wir nehmen an, daß sie auch bei den Verhandlungen auf der kommunistischen Parteikonferenz in Berlin eine Rolle gespielt hat. Deshalb ist nur bedauerlich, daß die Rede in der „Roten Fahne“ ungenau und unvollständig wiedergegeben worden ist.

Es dürfte die Teilnehmer der Konferenz, wie auch zahlreiche kommunistische Arbeiter interessieren, daß in dem Passus der Sinowjew-Rede über die Verhandlungen mit den Vertretern des deutschen Zentralkomitees in Moskau der Sachverhalt geblieben ist, daß man bei diesen Verhandlungen in Moskau „über die Zusammenfassung des neuen Zentralkomitees Vereinbarungen getroffen“ hat. Weshalb die „Rote Fahne“ die Tatsache dieser Vereinbarungen unterdrückt hat, ist unverständlich. Oder sollte es ihr doch unbequem erscheinen, wenn die kommunistischen Arbeiter erfahren, daß die Zusammenfassung des Vorstandes der kommunistischen Partei Deutschlands in Moskau beschlossen wird?

Nicht minder merkwürdig erscheint es, daß aus der Rede Sinowjews der Passus über den Roten Frontkämpferbund stark gekürzt ist. In dem Wortlaut der Rede, der in der „Pravda“ vom 25. Oktober veröffentlicht ist, heißt es darüber wie folgt:

„Die Roten Frontkämpfer sind, nebelhaft bemerkt, gut organisiert. Das ist die Keimzelle der Roten Garde. Wie es früher im Jahre 1923 Rote Hundertschaften gab, so gibt es jetzt doch einen Roten Frontkämpferbund, der legal existiert. Nach diesem Splitter der deutschen Wirklichkeit kann man urteilen, daß die Elemente des Bürgerkrieges in Deutschland auch heute nicht völlig verdorrt sind.“

Die hier in Fettdruck wiedergegebenen Sätze fehlen in dem Bericht der „Roten Fahne“. Warum werden diese für kommunistische Leser doch höchst bemerkenswerten Sätze den Lesern vorenthalten? Sinow, weil die Erinnerung an die Elemente des Bürgerkrieges nicht in die „neue Linie“ paßt, die Opportunismus vortäuschen soll?

Severing über die Polizeioorganisation.

Ansprache zur Eröffnung der polizeiwissenschaftlichen Woche.

In den Räumen der Berliner Universität wurde Montagmorgen die 2. Preussische polizeiwissenschaftliche Woche eröffnet. Es zeugt von dem Wissensdrang, der innerhalb der Polizeibeamtenschaft herrscht, daß etwa 600 Teilnehmer aus ganz Preußen erschienen waren. Aus der geschichtlichen Zusammenfassung der Vortragsfolge, zu der die Akademie namhafte Staatsrechtler gewonnen hat, sind besonders folgende Themen erwähnenswert: Dr. Ubergg, Ministerialdirektor im Preussischen Ministerium des Innern, über „Lehren aus dem Entwicklungsgange Friedrichs des Großen und Napoleons für die heutige Zeit“, Dr. Drems, Staatsminister a. D.: „Das Wesen der Polizei“, Dr. Falk, Ministerialdirektor: „Disziplinarrecht in Gegenwart und Zukunft“, Professor Dr. Vassar: „Tagesfragen des Polizeirechts“ u. a.

Die Eröffnungsansprache hielt der Staatsminister a. D. Drems, Präsident der Verwaltungsakademie. Darauf ergriff der Minister des Innern Severing das Wort, und führte aus:

„Wir leben in einer schweren Zeit. Wenn ich dies sage, so fürchte ich nicht, daß ich eine hohe Polizei vortrage. Inwieweit hoffe ich, daß noch in diesem Jahre die Organisation der Polizei zur Ruhe kommen wird, und daß wir dann verstärkt an der inneren Durchbildung der Polizei arbeiten können. Gelingt es dem Vertrage von Locarno Ruhe in Europa zu schaffen, dann können wir auch in Ruhe unsere Polizei durchbilden. Nun einige Worte zur Organisation der Polizei. Es ist eine betriebliche Tatsache, daß wir uns in voller Souveränität noch immer nicht zurückgewonnen haben, sondern noch immer bis zu einem gewissen Grade auf die Beschlüsse der Alliierten angewiesen bzw. von diesen Beschlüssen abhängig sind. Dies trifft ganz besonders für die Organisation der Polizei zu. In den nächsten Tagen werden die Verhandlungen mit den Alliierten über die Organisation der Polizei

zum Abschluß gelangen. Ein wichtiger Punkt bei diesen Verhandlungen ist die Festlegung der Kopffzahl. Ein geringer Abbau, besonders bei der Schutzpolizei, wird sich kaum umgehen lassen. Dies ist aber kein Grund zu Befürchtungen für den einzelnen Beamten, denn es ist darunter kein Abbau des einzelnen Beamten zu verstehen, sondern man wird die Kopffzahl derart verringern, daß man freierwerdende Stellen streichen wird. Wenn wir aber einen Abbau vornehmen, dann kann man uns wohl aufgeben, die jetzige Kopffzahl der Polizei auf eine bestimmte Zahl zu verringern, nicht aber kann man uns verweigern, die Qualität unserer Polizei zu verbessern. Hier müssen wir aufbauen, müssen durch Qualität die Quantität ersetzen. Hier müssen wir eingreifen und helfen, die Polizei immer mehr durchzubilden, ausgehend von dem Grundsatz, daß die Gewalt der Polizei und die Menschlichkeit der Schutzpolizei und dem Gummiknüppel voranzustellen ist.“

Wer führt irre?

Der Putschist setzt sich auf hohe Kof.

In seiner Landtagsrede vom 14. Oktober hatte Genosse Severing auf die Putschpläne der sog. Vaterländischen Verbände Hamburg im Frühjahr 1923 hingewiesen und von den Dokumenten gesprochen, aus denen die Bürgerkriegsabsichten dieser Gesellschaft klar hervorgingen. Dazu erließ nun ein Generalmajor a. D. Helffrich, ein Führer der Hamburger „Vaterländischen“, eine bruchmäßige Erklärung, in der er sich darauf beruft, daß die damals verfaßten Persönlichkeiten nach richtiger Vernehmung freigesprochen wurden und daß der Oberreichsanwalt später des Verfahrens wegen Geheimbündelei einstellte. Daher seien die Angaben Severings „eine Irreführung der öffentlichen Meinung“.

Wir sind dem „Lokal-Anzeiger“ dafür dankbar, daß er uns durch die Veröffentlichung dieser Erklärung Gelegenheit gibt, auf jene Dinge zurückzukommen, die leider viel zu schnell in Vergessenheit geraten sind. Die Dokumente, auf die Genosse Severing anspielte und deren Existenz Herr Helffrich dreist leugnet, sind jederzeit zum Erkennen gelegentlich des Prozesses des Generals von Watter gegen den „Vorwärts“ im Juli 1923 vor Gericht vorgelesen worden. In einem Brief eines Obersten Freiherrn von Stollenberg an den General von Watter, dessen Echtheit nicht bestritten wurde, sondern dessen Empfang Watter bestätigen mußte, heißt es:

„Alle Verbände (Ehrhard, Baltikum, Stahlhelm, Oberland) in unserer Provinz haben sich General Helffrich unbedingt zur Verfügung gestellt. Das gleiche hat auch der Niederdeutsche Heimatbund am 6. April getan. Die Schlußfugung, bei welcher General Helffrich zugegen war, am 6. April 1923 ergab dann in Gegenwart von zwei Offizieren als Vertretern der Reichswehr die unbedingte Unterstellung des Niederdeutschen Heimatbundes unter General Helffrich, den alleinigen Beauftragten der Reichswehr, für Zwecke militärischer Verwendung in Fällen innerer und außenpolitischer Lage. Die Finanzierung des Niederdeutschen Heimatbundes geschieht weiter nach Anweisung des Provinzialleiters. Die einzige Sorge, daß die Reichswehr bei einem lediglich inneren Konflikt nach links rutschen könnte, besteht für mich nicht, da in diesem ganz unmöglichen Fall General Helffrich wie alle Vaterländischen Verbände nicht nur mitmachen würden, sondern, wenn erfolgreich, gegen die Reichswehr mit der Waffe vorgehen würden.“

Mit treudeutschen Grüßen

Oberst Freiherr von Stollenberg.

Dieser alleinige Beauftragte der (schwarzen) Reichswehr in Hamburg und Umgebung war also nach den Befundungen seiner engsten Mitarbeiter entschlossen, nicht nur gegen die Arbeiterschaft mit der Waffe vorzugehen, sondern sogar gegen die Reichswehr, falls diese in einem von der KPD hervorgerufenen Bürgerkrieg „nach links rutschen“ sollte — was, trotz der republikanischen Verfassung gestanden hätte. Und dieser sollte Helffrich, der jetzt mit dem reidrednerischen Gedanken spielte, die schwarze Reichswehr mit der Waffe gegen die legale Reichswehr machleren zu lassen, wie man das wenige Monate später in Kärnten erlebt hat, der wagt es heute, sich aufs hohe Kof zu setzen und den preussischen Minister des Innern der Irreführung zu bezichtigen!

Wenn sich Herr Helffrich unter solchen Umständen auf den Oberreichsanwalt beruft, der trotz alledem das Verfahren einstellte, so ist das für ihn keine Entlastung.

Es ist höchstens eine Belästigung für den Oberreichsanwalt!

Medizin und Notgemeinschaft.

Von Dr. med. Robert Marg.

Zu der vom 25. bis 31. Oktober in Essen stattgehabten Versammlung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ist aus der Feder des Reichstagsabg. Dr. Georg Schreiber (Münster) eine Broschüre erschienen, die sich mit der Förderung der deutschen Medizin durch die Notgemeinschaft befaßt. Die Notgemeinschaft ist ein wissenschaftlicher Selbstverwaltungskörper, der auf dem Gedanken der Genossenschaft basiert. Sie umfaßt heute die gesamten deutschen Akademien der Wissenschaften, Universitäten, technischen Hochschulen, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, den Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine und die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte. Sie sollte versuchen, den durch die Nachkriegszeit und die Inflation in Geldbedürfnis gekommenen wissenschaftlichen Instituten eine Unterstützung mit Geld und Materialien zu gewähren. Weiter ist es ihre Aufgabe, die vom kaiserlichen Deutschland veräumte friedliche Durchdringung der Welt mit den Ergebnissen deutschen Forscherfleißes nachzuholen; also einen Versuch zu wagen, den Frankreich schon vor dem Kriege mit seinen sogenannten Missions scientifiques, d. h. freie Beförderung aller Literatur einzelner Spezialgebiete, mit großem Geschick verfolgte. Während der Inflationszeit war für den deutschen Mediziner besonders die Unterhaltung der Versuchstiere sehr kostspielig, kostete doch ein Hund im Monat so viel, wie das Gehalt eines wissenschaftlichen Assistenten ausmachte. Ferner war durch die rapide Geldentwertung die Ergänzung und Wiederanschaffung des Instrumentariums vollkommen ausgeschlossen.

Nach Schilderung dieser Schwierigkeiten wendet sich Dr. Schreiber den einzelnen medizinischen Sonderfächern zu. Hier müssen wir bemängeln, daß für die einzelnen Gebiete für die soziale Hygiene verschwindend wenig geschieht.

Bei den Volksleuten werden nur rein bakteriologische Untersuchungen unterstützt, also Forschungen, die in erster Linie nur einem kleinen Kreis von Erkranken zugute kommen können, während gerade die vom sozialhygienischen Standpunkt wichtigsten Beziehungen zwischen Krankheit und sozialer Lage, also die Voraussetzungen für die viel wichtigere vorbeugende Fürsorge, nicht in den Bereich der Untersuchungen gezogen werden.

Wenn wir vom sozialhygienischen Standpunkt die Leistungen der Notgemeinschaft hinsichtlich ihrer Förderung der Medizin betrachten, so müssen wir mancherlei bemängeln. Dankbarkeit ist eine schöne Tugend, doch aber gerade die Großindustriellen Karl Duisberg, Karl Friedrich v. Siemens, Florian Klöcker, diese Rührmischer der Volksausbeutung durch die Inflation, wegen des entgegengebrachten Interesses — die gespendeten Summen werden schamhaft verschwiegen — als Wohltäter der Wissenschaft gepriesen werden, ist reichlich deplaciert. Gerade durch die Intensivierung der Wirtschaft, d. h. durch rückwärtslose Einparnen aller Forschungsergebnisse in den Dienst des Kapitalismus, werden diese großen Vermögen erworben. Wenn solche Leute Paten der Notgemeinschaft sind, so ist zu verstehen, daß die Hauptaufgaben der sozialen Hygiene keine Unterstützung finden können, die sich mit der Erforschung der tieferen Beziehungen zwischen

den Lebensbedingungen des Proletariats und seiner Ausbeutung durch den zehnständigen Arbeitstag, der Unterernährung, der Überanstrengung der Jugendlichen und der Frauenarbeit befassen müssen. So wird der Wunsch von Prof. Arapelin, mit Hilfe der Notgemeinschaft die Frage der verschiedenen Arbeits- und Entlohnungssysteme in ihren Einwirkungen auf den Arbeiter zu erforschen und Untersuchungen über Arbeitspausen anzustellen, bei solchen „Gönnern“ ein frommer Wunsch bleiben. Eine wirksame Förderung der sozialen Hygiene — und diese kommt für uns Sozialisten heute an erster Stelle — kann nur durch Schaffung von Lehrstühlen an Universitäten geschehen. Wie es damit bestellt ist, beweist die Tatsache, daß es in ganz Deutschland nur ein Ordinariat in Berlin gibt und daß der ganze Lehr- und Forschungsbetrieb von dem Professor allein zu erledigen ist.

Wenn jetzt indessen die Professoren versuchen, Beziehungen zwischen den Arbeitermassen und der Medizin zu knüpfen, so werden ihre Versuche fruchtlos bleiben. Denn das Proletariat hat noch nicht vergessen, daß von seinen deutschen Ärzten, den sogenannten besessenen Hütern der Volksgesundheit, mit Ausnahme des Sozialdemokratischen Schutzbundes, kein Protest gegen die lebensverwehrenden Schutzpolizei erfolgt ist. Das Proletariat weiß auch durch seine Presse, daß nach den Beschlüssen des Leipziger Verbandes der deutschen Ärzte die Ärzteschaft die Abschaffung des § 218 bekämpft, eines Paragrafen, der jährlich Tausende von Proletarierfrauen als Opfer fordert. Es wäre die Aufgabe der deutschen Professoren, zuerst die Reaktion im eigenen Lager zu bekämpfen. Erst dann kann eine Einheit zwischen Proletariat und Wissenschaft zustande kommen.

Die Volksbühne im Radio. Im Berliner Rundfunk sprach Sonntagabend Genosse Dr. S. Restriepke über „Die Idee der modernen Volksbühne“. In seiner Darlegung der Entwicklung des Theaters vom Kult des Altertums zum Schauspiel der Gegenwart, vom Zuschauerloos der alten Zeit zum Amüsierpublikum des Heute ließ er die wirtschaftlichen Gründe dieser Entwicklung nicht unerwähnt. Er verlangte, daß zwischen dem Theater und den Zuschauern ein engeres Verhältnis hergestellt werde, das uns der alten Bedeutung des Theaters für den Volksgelbst wieder näherbringt, auf daß es Kinder eines neuen Epochen werde. Diese neue Stellung dem Theater im öffentlichen Leben zu erringen, ist das Ziel der Volksbühnenbewegung; sie erstrebt das Kulturtheater vom Fundament, d. h. vom Publikum aus. Restriepke forderte denn die uns Berliner Volksbühnenmitglieder längst vertraute Werbe- und Organisationsarbeit der Volksbühnen, die jetzt in so vielen deutschen Städten als Besucherorganisationen am Werke sind, auch ohne schon eigene Häuser zu besitzen. Er umriß die gegenseitige Einwirkung von Theaterkritik und Publikum aufeinander in der Volksbühne und schilderte die rasche Entwicklung der deutschen Volksbühnenbewegung zur kulturellen Großmacht, die Volksbildung und Theaterkultur bereits stark gefördert hat. Restriepke unterließ nicht, den Unterschied darzulegen zwischen dem „christlich-deutschen“ Bühnenvolksbund und dem Verband der freien Volksbühnen, dessen Vorkämpfer, der Berliner Volksbühne, G. V., der Schluß des gerade durch ruhige Sachlichkeit propagandistisch wirkungsvollen Vortrages gewidmet war.

„Aschenbrödel.“ Im Thalia-Theater ist die Weihnachtskomödie eingezogen. „Aschenbrödel“, das unglückliche Kind in Sock und Stiefel, mit den kleinen Füßen, auf die nur die kleinsten Pantoffelchen passen, Irrenlebens, erbarmend. Es spaziert viel Herzerzählchen über die Bühne, viel sanftes Stöhnen macht sich aus gepreßtem Herzen Luft. Aber dann geht's um so lustiger zu, wenn Tüde und Hinterlist feige vor der Tugend stehen, die geradenwegs vom Aschenherd kommt. Die böse Stiefelmutter und die schlümpigen Löcherlärchen irgendwohin in die dunkle Nacht, und die nun zurückbleiben, die können noch Herzerzählchen tanzen und lustig sein. Sie haben's verdient, weil es ihnen vorher so lange Zeit schlecht gegangen ist. Die Aufführung ist so ganz auf Gut und Böse, auf Weiß und Schwarz gestellt, daß der Charakter des Märchens, wie bei jeder Dramatisierung, arg zu leiden hat. Aber alles ist so prächtig und bunt, sehr viel Witz schmettert hinein, nur ein bißchen zu phantastisch für die Kinder, für die es doch eigentlich gemacht ist.

Goldherstellung. Vor einiger Zeit erregten sensationelle Nachrichten über die künstliche Goldherstellung im Laboratorium Professor Rieches das Interesse der Defensivität. Jetzt erzählte Dr. Stammreich, der Assistent des Gelehrten, in einem Vortrag über den „Aufbau der Stoffe“, den er in der Humboldt-Hochschule hielt, einiges über das Wesen dieser Erfindung. Er sagte, daß man eigentlich erst im Jahre 1913 die Bedeutung der Elektrizität für das Wesen des Atoms klar erkannt hätte, indem man feststellte, daß das Atom eigentlich gar nichts anderes als eine Form der Elektrizität sei. Prof. Rieche, hätte nun mit seiner Arbeit das Ziel verfolgt, Atome zu zerlegen resp. zu zertrümmern, also aus Quecksilberatomen Goldatome zu machen, nachdem man durch die Entdeckung des Radiums durch Madame Curie bewiesen worden sei, daß die Unzerwendbarkeit der Elemente nicht mehr fest stünde. Das Atom sei gewissermaßen keine Einheit, sondern es verfüge über einen Bau. Näheres über den Bau des Atomkernes und über die mit ihm zusammenhängenden energetischen Vorgänge müßten wir freilich nicht und wenn das Radium zerfiel, so wäre das eigentlich gegen jede Theorie. Auch der sogenannte Rutherfordische Atomzerfall hätte nicht viel Aufklärung geboten. Als es tatsächlich gelungen war, aus Quecksilber Gold zu machen, da hätten über den Vorgang im einzelnen auch nur Vermutungen aufgestellt werden können. Man müßte heute noch nicht einmal genau, wieviel Strom nötig sei, um aus einer bestimmten Menge Quecksilber eine bestimmte Menge Goldes zu gewinnen, aber wenn man nicht glaubt, daß sich andere Atomverbindungen chemisch einfacher nachweisen lassen können, würde vorläufig weiter experimentiert werden.

Erste Tannatone der Volksbühne. In der ersten diesjährigen Tannatone der Volksbühne, die am Sonntag, den 18. November, mit 7 1/2 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfand, wird die Tannatone Trümmer unter Mitwirkung der Tannatonegruppe Valucca, Kompositionen von Verbe Trümmer, Gret Valucca, Rud. v. Leben, Max Blum und Vera Storovell zur Aufführung bringen. Karten für Volksbühnenmitglieder zum Preise von 1 Mark in den bekannten Verkaufsstellen erhältlich.

Singsoper. Generalmusikdirektor Riecher wird auch die „Singsoper“-Vorstellung am Sonnabend, dem 7., im Opernhause dirigieren.

Thüringer Justiz.

Der Befehl zum Justizmord.

Der Thüringer Oberstaatsanwalt Dr. Fieders bestätigt in einer Erklärung, daß er von vornherein den Genossen Voeb für unschuldig gehalten habe. Er fügt hinzu, daß er „aus innerdienstlichen Gründen“ nicht in der Lage gewesen sei, den Staatsanwalt seiner Ueberzeugung entsprechende Anweisungen zu geben.

Diese „innerdienstlichen Gründe“, über die er sich nicht äußert, beziehen sich auf die Generalstaatsanwalt im Auftrage der Regierung ein Plaidoyer auf „schuldig“ und den ungeheuerlichen Strafantrag auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus verlangte. Es ist so, wie unser Vena-Welmarer Parteiblatt entrüstet schrieb: „die Thüringer Regierung besteht den Justizmord.“

Der Thüringer Landtag wird über diese unglaublichen Vorgänge vollste Aufklärung schaffen müssen.

Wer ist der Schuldige?

Der Republikanische Richterbund zum Fall Kroner.

Der Vorstand des Republikanischen Richterbundes wird uns geschrieben:

Die Entschlebung des Vorstandes des Preussischen Richtervereins zum Fall Kroner nötigt zu folgenden Feststellungen:

1. Der „Fall Kroner“ ist seiner ursprünglichen Natur nach ein Fall Bewersdorff. Der Landgerichtsdirektor Bewersdorff hat in dem Magdeburger Rohardt-Prozess vorgelesen und maßgebend an dem Urteil mitgewirkt, in welchem dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert nachgesagt worden ist, er habe juristischen Landesverrat begangen. Dieses tatsächliche und rechtlich unzutreffende Urteil hat in der Welt, vor allem bei der übergroßen Mehrzahl aller rätereiglichen und republikanisch empfindenden Deutschen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Unmittelbar nach der Urteilserklärung haben das Reichs- und das preussische Kabinett einschließlich des Reichs- und des preussischen Justizministers dem Reichspräsidenten ihr unerschüttertes Vertrauen ausgesprochen. Neben angesehenen Richtern, Anwälten und Rechtslehrern hat auch der damalige Landgerichtsdirektor Kroner Worte herber Kritik gefunden, aus denen die eheliche Empörung eines in seinen vaterländisch-republikanischen Gefühlen aufs tiefste verletzten Mannes und Richters spricht.

2. Der Preussische Richterverein hat es nicht für nötig gefunden, sich gegen das die preussische Rechtspflege blössiende Magdeburger Urteil zu wenden. Dagegen hat er sofort gegen den Kritiker Kroner Stellung genommen, und widerspricht jetzt öffentlich dessen Beförderung, mit der Begründung, Kroner habe durch seine Kritik dem Ansehen des Richterstandes einen schweren Schlag versetzt und die Staatsautorität gefährdet. Diese Erklärung des Preussischen Richtervereins verweigert, daß den Kern der Kronerschen Kritik juristisch-sachliche Darlegungen bilden. Wir stellen dieser Erklärung die Worte des Generalstaatsanwalts Lindow gegenüber, die er als Anklagevertreter in der öffentlichen Gerichtsverhandlung gegen Kroner gesprochen hat: „Ich kann auch gar nicht umhin, zuzugeben, daß die Kritik nicht nur scharf, sondern daß sie auch großenteils berechtigt und durchaus beachtenswert ist.“ Die Erklärung des Preussischen Richtervereins verweigert ferner, daß die eine wesentliche Stütze ihres Angriffs bildende, auf 3000 M. Geldstrafe lautende Entscheidung des Schöffengerichts durch das Urteil der höheren Instanz aufgehoben worden ist, weil Kroner den Vorsitzenden des Schöffengerichts mit Recht wegen Befangenheit abgelehnt hätte.

3. Die Beförderung Kroners beruht auf einem Beschlusse des Preussischen Staatsministeriums. Der Staatssekretär im Preussischen Justizministerium hat in öffentlicher Landtagsdebatte erklärt, der Kammergerichtspräsident habe vermöge seiner Zuständigkeit die Qualifikation Kroners zum Oberverwaltungsgerichtsrat bejahet. Alle diese verantwortlichen Staatsstellen trifft also der von dem Preussischen Richterverein leichtfertig erhobene Vorwurf, daß die Beförderung dem Interesse des Volksganzen und des Staatswohles widerspreche. Der Preussische Richterverein hat sich nicht geschaut, diese Vorwürfe öffentlich zu erheben, obgleich er sich stets als unpolitische Fachvereinigung bezeichnet und die Vorrechte einer solchen in Anspruch genommen hat.

4. Das sich unmittelbar gegen die Staatsautorität richtende Vorgehen des Vorstandes des Preussischen Richtervereins läßt nur die Erklärung zu, daß es durch parteipolitische Gesichtspunkte bestimmt ist. Kroner als Vorsitzender des die volle Durchführung der Verfassung erstrebenden Republikanischen Richterbundes und der Bund selbst sind den Urhebern der Entschlebung ein Stein des Anstoßes. In der sich hier offenbarenden Einseitigkeit der Beurteilung enthält sich das Sekretariat eines großen Teiles der preussischen Richter, dessen Äußerungen leider, längst vor Gründung des Republikanischen Richterbundes, in weitesten Volkstreffen schweres Mißtrauen gegen die Rechtspflege hervorgerufen haben.

Der Vorstand des Republikanischen Richterbundes weist die Angriffe des Vorstandes des Preussischen Richtervereins auf das schärfste zurück. Eine ausführlichere Stellungnahme bleibt für das Bundesorgan „Die Justiz“ vorbehalten.

Ein „Reiniger“.

Jahrelange Unterschlagungen.

Zu den Veruntreuungen bei der Bezugsvereinbarung deutscher Landwirte in der Potsdamer Straße 30 erfahren wir, daß der verhaftete Prokurist Walter Linow, ein Mann von 47 Jahren, der aus Oberberg stammt, bei der Firma seit zehn Jahren tätig war. Diese mußte nicht, daß er schwer verurteilt ist, und war mit seinen Leistungen durchaus zufrieden. Linow fing als Buchhalter klein an und arbeitete sich zum Prokuristen empor. Er besaß in Rowawes im sogenannten Bergfeld, Hubertusdamm 15, ein eigenes Grundstück, auf dem er auch wohnte. Wie man jetzt weiß, spezialisierte er bereits in der Inflationszeit mit Papieren. Damit hatte er Glück. Dagegen schlugen seine Spekulationen in landwirtschaftlichen Produkten, besonders Weizen, in die er sich später einließ, vollständig fehl. So geriet er auf die schiefe Ebene. Die erste Unterschlagung von 46 000 Mark bezug er, wie jetzt festgestellt wurde, bereits im Juli vorigen Jahres. Er behielt Korrespondenzen der Buchhalter, die er gegenzeichnen mußte, zurück, unterbrach und durchkreuzte auf diese Weise den Verkehr mit den Zwischhändlern und bediente mit den 46 000 Mark, die er heimlich einnahm, Spekulationsverluste in Holland ab. Diese Verluste hinderten ihn aber nicht, seine Spekulationen fortzusetzen. Er kaufte große Mengen Weizen, auch in Frankreich, in der Hoffnung, daß er endlich steigen werde. Das geschah aber nicht. So stiegen die Unterschlagungen, die er zur Regulierung seiner Privatschulden beging, auf 30 000 Mark und 157 600 holl. Gulden, für die er aus den Eingängen keine Deckung mehr beschaffen konnte. In der letzten Zeit, als er keinen Ausweg mehr sah, vernachlässigte er seinen Dienst und ergab

sich dem Trunt. In der vergangenen Woche blieb er einige Tage weg. Als die Direktoren nun seinen Schreibtisch öffnete, fanden sie die von ihm zurückgelassenen, von den Buchhaltern bereits gezeichneten Briefe und kamen so hinter die Machenschaften und Veruntreuungen. Am Sonnabend sollte Linow erscheinen, um sich zu erklären, wie er den Schaden decken wolle. Er hatte auch sein Eigentum sowie Aufstände an Darlehen zur Verfügung gestellt. Alles das reichte aber nicht aus, die Veruntreuungen auszugleichen. Als Linow nicht erschien, fuhr man nach seiner Wohnung, traf ihn dort an und ließ ihn festnehmen. Er gab alles zu und wurde der Berliner Kriminalpolizei vorgeführt.

Anzufriedene Deutschnationale.

Sie wollen weiter Liebesgaben.

Breslau, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Das führende deutschnationale Blatt in Schlesien, die „Schlesische Zeitung“, gibt ihrer Unzufriedenheit über den Austritt der Deutschnationalen aus der Reichsregierung weiterhin Ausdruck. Bemerkenswert ist, daß durch dieses Organ diejenigen Kreise des landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmertums sprechen, die in der jetzigen Konjunktur auf keinen Fall die Förderung ihrer Sonderinteressen durch die Deutschnationale Partei in der Regierung vermissen wollen. Bei allen Bedenken gegen den Vertrag von Locarno, so erklärt das Blatt, hätte die Deutschnationale Volkspartei ihrem Einspruch nicht die kategorische Form zu geben und nicht ihre Vertreter im Reichskabinett abzuweisen brauchen. Es wird dann angebeutet, daß Hindenburg, dessen Stellungnahme zu Locarno das Blatt nicht zu kennen vorgibt, obwohl der Reichspräsident seine Bereitschaft zur Unterschrift wiederholt erklärt hat, doch der „Anbegriff deutscher Art und Würde“ sei. Offenbar soll damit gesagt werden, daß mit seinem Namen den Anhängern der Rechtsparteien auch der Verzicht auf Elbsh-Lothringen und Eupen, die französischen Garantien für die Diverträge und der Eintritt in den Völkerbund schmählich gemacht werden könnte.

Der Pakt mit dem Cumberlander.

Völkische Korruption.

Als kürzlich der Bergisch des Staates Braunschweig mit dem Herzog von Cumberland im Landtag zur Abstimmung stand, enthielt sich der einzige völkische Abgeordnete Riese der Stimme. Er stimmte entgegen den Wünschen seiner Partei nicht mit Nein und ermöglichte so die Annahme des Bergpacts. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion war nun in der Lage, dem völkischen Abstimmungsheben seinen „Pakt“ mit dem ehemaligen Herzog vorzumerken. Riese bestritt das zunächst energisch. Beht konnte ihm aber sein Besuch bei dem ehemaligen Herzog von Braunschweig in Gmunden nachgewiesen werden. Daraufhin wurde Riese aus seiner Partei ausgeschlossen und zur Niederlegung seines Landtagsmandates aufgefordert. Er weigerte sich selbstverständlich, das Mandat niederzulegen.

So sind die völkischen Heiden! In den Versammlungen und in ihre Presse weikern sie gegen die „Zinsnechtheit“ und gegen das Kapital. In der Praxis aber treiben sie einem der größten Reuskapitalisten Braunschweigs, dem ehemaligen Herzog, die Millionenobjekte des braunschweigischen Freistaates zu!

Genosse Paul Hirsch bestätigt.

Als zweiter Bürgermeister von Dortmund.

Dortmund, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Bestätigung des ehemaligen preussischen Ministerpräsidenten Paul Hirsch als zweiter Bürgermeister von Dortmund ist nunmehr von der Regierung in Arnberg in Dortmund eingegangen. Gegen die Wahl war von rechtsstehenden Parteien sowohl bei dem Regierungspräsidenten wie dem preussischen Minister des Innern Einspruch erhoben worden. Der Regierungspräsident hat die Entscheidung über den Einspruch und die Bestätigung dem Innenminister überlassen. Die Einführung des Genossen Hirsch erfolgt in der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Deutschland und Italien.

Der neue Handelsvertrag.

Der deutsch-italienische Handelsvertrag, der am 31. Oktober von den beiden Delegationen unterzeichnet wurde und nach der Ratifikation durch die Parlamente beider, bringt endlich einen gewissen Fortschritt in der Regelung der internationalen Handelsbeziehungen. Das Kabinett Luther hat, solange es unter dem Einfluß der Deutschnationalen stand, so vollkommen in der Gestaltung der Handelsverträge verlagert, daß es schwer sein wird, die verpönten Gelegenheiten wiederzufinden. Der deutsch-italienische Wirtschaftsvertrag nun trägt noch alle Kennzeichen einer überstürzten Lösung und enthält so viel Unzulänglichkeiten auf industriellem und agrarischem Gebiete, daß ein Ansturm der Interessenten gegen das Vertragswerk zu erwarten ist. Um so mehr wird die Arbeiterschaft darauf dringen müssen, daß dieser seit langem erste Versuch einer zwischenstaatlichen Regelung der Handelsbeziehungen nicht wieder an der Eigenbrödeli kleiner Wirtschaftsgruppen scheitert.

Der Vertrag baut sich auf der uneingeschränkten gegenseitigen Mostbegünstigung; demnach kommen dem deutschen Export alle Vergünstigungen zugute, die andere Industriestaaten bei ihrer Warenzufuhr nach Italien genießen. Die Schiffahrt ist den Deutschen frei, auch die steuerliche Seite an der Handelsverhandlung, das Niederlassungsrecht, die Durchfuhrfragen haben ihre Regelung im günstigen Sinne gefunden. In Zollfragen wurden Erleichterungen von Italien erreicht. Hingegen mußte auch Deutschland Zugeständnisse machen und zwar besonders bei Säbzeanen, Obst, Haut, Baumwollwaren, Häuten, Marmor und anderen Waren. Bedeutende Zugeständnisse mußten der Einfuhr italienischer Kunstseide, geringer bei Automobilen gemacht werden.

Was endlich einmal so etwas wie ein Zollabbau, den die deutsche Wirtschaft so dringend braucht, Interessant ist, daß nach dem neuen Vertrag die Weinzölle höher sein werden als im spanischen Vertrag. Vorläufig aber, nämlich bis zur Ratifikation, bleiben die niedrigen spanischen Weinzölle in Kraft. Ob es notwendig war, den spanischen Vertrag am 15. Oktober zu Fall zu bringen, nachdem die Zugeständnisse der Deutschnationalen an die Spanier doch für längere Zeit hinfällig geworden sind?

Ein neuer Wahlsieg in der Schweiz. Am Sonntag wurde in Basel bei den Ständeratswahlen der Sozialist Bullenrieder mit 925 Stimmen gewählt. Die beiden bürgerlichen Gegenkandidaten erhielten zusammen nur 848 Stimmen.

Zum Nachfolger Franke ist der bisher stellvertretende Kriegskommissar Unkichtler auserkoren. Seine offizielle Ernennung soll nach dem Parteikonferenz der Kommunistischen Partei, der Mitte Dezember stattfindet, erfolgen.

Rücktritt des Gouverneurs von Moskau. Der Schwere Verdiensthater des „Nemeter Dampfbootes“ meldet, daß der Gouverneur des Remelsgebietes John Sudryß gestern der ungarischen Regierung sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat.

Französisches Parteijubiläum.

20 Jahre seit der Einigung.

Paris, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialistische Partei Frankreichs hat am Sonnabend abend gleichzeitig mit dem 20jährigen Tage des Zusammenschlusses der französischen Arbeiterpartei die großen politischen Erfolge gefeiert, die ihr die beiden letzten Jahre gebracht haben. Die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder, die infolge der kommunistischen Wählerereignisse 1921 auf unter 50 000 zurückgegangen war, hat bereits wieder 100 000 überschritten. Die Partei ist im Parlament durch 110 Abgeordnete und Senatoren vertreten, seit den letzten Kommunalwahlen stehen in nicht weniger als 600 Gemeinden sozialistische Bürgermeister an der Spitze und nicht weniger als 10 000 Parteigenossen jurztelt in den Gemeindeparlamenten.

Dem Parteitag, das diesen glänzenden Aufstieg der französischen Partei zu feiern berufen war, gab die Anwesenheit zahlreicher Vertreter der ausländischen Bruderparteien, sowie der Delegierten des am Sonntag zusammengetretenen Nationalrats und zu der seit zwei Tagen hier beratenden Konferenz der sozialistischen Gemeindevorstände ein besonderes Gepräge. Die Reihe der Ansprachen eröffnete Genosse Braque, der die Glückwünsche des Exekutivkomitees der Internationale übermittelte. Weitere Grüße überbrachten Bliegen, Holland und de Broeckere, Belgien. Paul Boncour feierte in zündenden und mit begeistertem Beifall aufgenommenen Worten den Kampf der internationalen Arbeiterpartei für die Konsolidierung des Völkerbundes und den Vertrag von Locarno. Leon Blum, mit stürmischen Ovationen begrüßt, sprach über die innerpolitische Situation. Die Sozialistische Partei, so führte er aus, sei zu einem gemäßigten Machtfaktor geworden. Sie habe allen Anlaß, das Haupt stolz zu erheben. Sie habe nach rechts und nach links einen schweren Kampf geführt und ihn gewonnen. Reaktion und Rationalismus haben die französische Arbeiterpartei als Agenden des Auslandes verleumdet, aber unbehindert um die vergiftende Heiße des Bolschewismus sei die Partei ihren Weg gegangen, der, wie der Erfolg zeige, der richtige gewesen sei. Leon Blum sprach dann eingehend über die Finanzfrage. Er wies darauf hin, daß bisher die Sozialistische Partei allein den Mut gehabt habe, mit einem konkreten Programm vor die Öffentlichkeit zu treten und hielt gründliche Abrechnung mit der Demagogie, mit der Reaktionäre und Kommunisten vereint gegen dieses Programm und vor allem gegen die Kapitalabgabe kämpften. Auch Tailleur bekam einige sehr harte Worte zu hören. Als das Ziel der sozialistischen Finanzpolitik bezeichnete Leon Blum die Bekämpfung der Inflation, die Stabilisierung der Währung und die Tilgung der Schuld als Vorbedingung für einen Abbau der Teuerung.

Der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, gab einen Rückblick auf die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung während der letzten 20 Jahre und schloß mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf ihre Zukunft.

Organisationsfragen in der sozialistischen Partei.

Der Nationalrat ist am Sonntag morgen in Paris zusammengetreten. Auf seiner Tagesordnung stehen lediglich Fragen administrativer und organisatorischer Natur. Es wird aber natürlich auch die politische Situation erörtert werden, aber wahrscheinlich erst am Montag abend, wenn die am Sonnabend vertagte Versprechung der Parteiarbeitung mit Paris beendet ist. Unter dem Vorsitz des Abg. Hubert Rouger hat der Nationalrat am Sonntag zunächst über die Revision des Parteistatuts beraten. Die Kommissionsvorschlüsse dazu fanden zum größten Teil einstimmige Annahme. Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der künftigen Zusammenlegung des Parteivorstandes, der gegenwärtig 24 Mitglieder zählt. Die Kommission schlägt ihre Vermehrung auf 36 vor. Ein Antrag Renaudel will die Erhöhung dieser Zahl auf 45, von denen 15 von den numerisch stärksten Verbänden der Departements delegiert werden sollen. Nach einem Änderungsantrag Braque sollen diese 15 Delegationen der Provinz von der Gesamtheit der Verbände, ohne Rücksicht auf ihre Stärke, gewählt werden. Compère-Morel dagegen will diesen Vertretern der Provinz nur beratende, aber nicht beschließende Stimme zuerkennen.

Paris, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat am Montag seine Beratungen über Organisationsfragen fortgesetzt. Eine sehr lebhafte Aussprache entstand über einen von den Genossen Blum und Renaudel vorgelegten Antrag, den Nationalrat der Partei durch eine ständige Kommission von 45 Mitgliedern zu ersetzen, von denen je ein Drittel von der Parlamentsfraktion, von den Verbänden der Hauptstadt und ihrer Vororte und von den Organisationen der Provinz gewählt werden soll. Dieser Antrag wurde insbesondere von Paul Faure, Compère-Morel und Lebas heftig bekämpft mit der Begründung, daß dadurch die Rolle des Parteivorstandes zu der eines Exekutivkomitees herabgedrückt werde. (Die Abstimmung über den Antrag wurde auf eine auf Montag abend um 9 Uhr anberaumte Nachsitzung verschoben.)

Anerkennung für Polen.

England und Frankreich über die eingehenden Ausweisungen.

Der Gesandte in Warschau stattierte dem Außenminister Sir Grayson einen Besuch ab und erklärte im Namen Herrn Chamberlains, daß der Beschluß der polnischen Regierung über die deutschen Opanten ein lebhaftes Echo bei der Regierung Großbritanniens gefunden hat. Der Entschluß der polnischen Regierung gereiche zur Ehre und setze einen unmittelbaren und sicheren Beweis, daß die polnische Regierung die Gehalten des Vertrages von Locarno voll zu verwirklichen gewillt sei und auf ihnen eine allgemeine Völkerverständigung zu begründen beabsichtige. Die englische Regierung habe keinen Zweifel, daß die Maßnahmen der polnischen Regierung in Deutschland als ein erstes Ergebnis der neuen, in Locarno von beiden Nationen begonnenen Politik ausgefaßt werden würden; die deutsche Regierung wie das deutsche Volk werden diese Maßnahmen in ihrem vollen Wert zu schätzen wissen und auch ihrerseits die neuen Grundsätze in den internationalen Beziehungen zu verwirklichen sich bemühen.

Auch die französische Regierung hat an die polnische Regierung eine Erklärung gerichtet, in der sie ihrer hohen Wertschätzung für den Entschluß der polnischen Regierung Ausdruck gibt, der ein Beispiel des liberalen Geistes sei, in dem die für den europäischen Frieden grundlegenden Verträge von Locarno in der Praxis verwirklicht werden müssen.

Wird Perlen Republik? In Teheran ist eine Revolte gegen das Herrscherhaus gerichtete Bewegung ausgebrochen. Das Parlament hatte eine besondere Sitzung anberaumt, um eine den nationalen Wünschen entsprechende Lösung zu finden, vertagte sich jedoch in aller Eile, als außerhalb des Parlamentsgebäudes einige Schüsse fielen.

Deutsche Kriegergräber in Frankreich. Auf dem Friedhof in Waagneux veranstaltete am Montag die Deutsche Kolonie in Paris mit dem Volkshaus an der Spitze eine Gedächtnisfeier für die in französischer Gefangenschaft verstorbenen deutschen Kriegsteilnehmer. In seiner Ansprache teilte der deutsche Volkshaus mit, daß vom Reich nunmehr die Mittel akquiriert seien, um die Gräbter in der auf den Pariser Friedhöfen befristeten deutschen Krieger würdig auszugestalten. Die Deutsche Volkshaus hat neuerdings wieder sich von der würdigen Unterhaltung der deutschen Kriegergräber auf dem ehemaligen Schlachtfeldern zu überzeugen Gelegenheit gehabt.



Zugegeben, daß ein einfaches Fleischgericht, reichlich und gut gekocht, besser und billiger ist als ein dekoratives Gedek aus mehreren Gängen, wo man die Portionen mit dem Vergrößerungsglas suchen muß. Aber für viele Menschen (es sind nicht gerade die Schwerarbeiter) bedeutet Aufmachung alles, sie fragen nicht danach, ob sie satt werden und ob ihnen das Essen schmeckt, sie prüfen kaum die Qualität der Speisen; sie sind vollkommen befriedigt allein durch die Gewißheit, daß sie nicht in irgendeiner zweifelhaften Pension speisen, sondern in einem Restaurant für „bessere“ Menschen. Allerdings reicht das Geld nicht, um eines der teuren Lokale täglich zu besuchen. Deshalb geht man in Restaurants mit bescheideneren Preisen, in Restaurants, die ebenfalls die Tische mit blendend weißen Decken verzieren, die auch den Eindruck erwecken, als ob hier nur schwer belastete Brieftaschen dinieren.

Die Restaurants.

Sie legen meist in den Nebenstraßen, still und bescheiden, ohne viel Reklame von sich zu machen, sie wissen, was sie dem aufstrebenden Menschen bedeuten. Manchmal umgibt diese Restaurants ein anspruchsvoller Garten. Zwischen eins und drei sind sie überfüllt. Der Kellner windet sich zwischen den Tischen hindurch. Es gibt hier keine Würstchen oder Erbsen mit Speck. Man ist nur Gedek, das aus drei Gängen besteht und etwa eine Mark kostet, außerdem existieren eine Menge Speisen auf der Karte, die man aber überseht und die nur dazu da sind, um eine gewisse Vornehmheit aufrecht zu erhalten. Sicherlich ist man in den einfachsten Lokalen nahrhaftere Sachen, doch die Tische sind hier gedeckt, und die Kellner behandeln die Gäste, als ob diese ständige Besucher teurer Dienen seien. Diese Restaurants sind eine Zwischensstation; sie gefallen sich in einer hochherrschafflichen Haltung bei billigen Preisen, doch nur äußerlich in der Aufmachung, es fehlen alle Dinge, die ein Essen angenehm machen, vor allem Ruhe und Bescheidenheit. Das Essen wird schnell serviert, und man ist mit einer beinahe amerikanischen Geheißheit, aber man befindet sich unter „besseren“ Leuten, und der Kellner hat eine Verbeugung für jeden übrig und eine besonders liebenswürdige, wenn der Gast auch etwas trinkt, denn in diesen Restaurants herrscht kein Trinkzwang.

Die Gäste.

Und man weiß, was man sich und dem guten Ton im Restaurant schuldig ist. Man hält das Banner guter Erziehung hoch, mag man sie in der Kinderstube oder aus dem Gesellschaftsfilz gelernt haben; man verbeugt sich, bevor man sich an einen Tisch setzt, an dem andere bereits Platz genommen haben und man bricht selbstverständlich die Kartoffeln mit der Gabel, überhaupt tut man so, als ob man über eine gefüllte Brieftasche verfügt. Jeden Tag erscheinen hier dieselben Gesichter, auf allen drüht ein schöner Lebensernst, der nur am Sonntag durch sozusagen „weltmännische“ Heiterkeit vergoldet erscheint, wenn man mit seiner Dame blumenreiche Unterhaltung betreibt, und sich dank seiner vorzüglich gebügelten Hosen als Lebenskennner fühlt. Menschen, die hier essen, glauben immerhin eine gewisse Position zu bekleiden und im Leben etwas vorzuspielen, ein Wechsel zu sein, den die Zukunft bald honorieren wird. Hauptächlich sind es jüngere Geschäftsangestellte, die augenblicklich noch ein Reibuch betreten und sich in den Freistunden als Champion irgendeines Sports photographieren lassen, denen aber in holder Fern ein Profurstenposten winkt, manchmal schielen sie heimlich auf die anderen, um endlich die richtige Messerhaltung zu erlernen. Hin und wieder beweisen sie auch eine selbstverständliche Kenntnis sämtlicher Lebensformen. Immer aber verbergen sie Schüchternheit hinter einer leise bläselierten Miene. Daneben speisen hier ältere Damen am Rande der Hoffnungen oder Studenten mit einem Schwergewicht von Büchern in der Tasche, die bei Rinderroulade eingehend Kant diskutieren; an anderen Tischen sitzen Diastaten, die mühsam die Bestellung einer Almonade zusammenbuchstabieren. Jeden Tag erscheint derselbe alte Herr, der dem Kellner erklärt, er habe sich das Bröckchen zur Suppe mitgebracht. Alte, vereinsamte Damen erproben hier den Rest ihrer kritischen Kraft am Mittagessen. Alle aber sind ein Gewesen oder ein Nochnicht, sie träumen von der Vergangenheit oder sie leben in der Zukunft und glauben für die kurze Spanne des Mittagessens etwas vorzustellen, hier werden sie bedient, höflich und korrekt, sie, die selber dienen müssen. Und die Kellner entwickeln väterlich-wohlwollende Talente, sie zeigen nicht die Miene des Grandseigneurs, die sie in Tanzdieleen oder in anderen luxuriösen Unterhaltungsstätten aufsetzen, sie verstehen diese Menschen, aber lassen es sie nicht fühlen, ihre Heroblastung ist kaum merkbar. Vielmehr bemühen sie im geheimen die Gäste, mit denen sie nicht tauschen möchten, und von denen sie manchmal wohl wissen, daß sie einst bessere Tage gesehen haben.

Restaurants bilden einen Beitrag zum Seelenleben des bürgerlichen Großstadtmenschen. Man ist glücklich, wenn der Anchein von Solidität, Wohlhabenheit und Beachtetwerden gewahrt bleibt. Für einige Augenblicke vergißt man, daß man nur ein untergeordnetes Glied der Gesellschaft ist, diese kurze Spanne des Mittagessens stärkt das Ansehen vor sich selbst, man ist nicht Talmi, man ist fast richtiges Gold. Aber dieser Menschentyp braucht solche Augenblicke, denn das Idealbild des Kaspiers bleibt unerreicht. Jeder Arbeiter, der ebenfalls bestimmt in diesen Restaurants essen könnte, wenn er wollte, würde hier als lästige Störung angesehen werden, er würde die hier Speisenden zu eindringlich an ihr wahres Sein erinnern, und in dieser Stunde, auf die man sich den ganzen Vormittag gefreut hat, will man nur den angenehmen Schein pflegen. Diese Menschen, Kleinbürger und Unbedeutenden, die sich durch einen Vergleich mit einem Arbeiter tödlich beleidigt fühlen, die die Sozialdemokratie als eine Erfindung des Bösen ansehen, sind im Grunde bedauerndwert und erscheinen als Figuren in dem Kaspertheater des bürgerlichen Ehrgeizes, der immer darauf hinausgeht, mehr zu erscheinen als man ist.

Die drei Uebel.

Es gibt Leute, die auf alle Politik pfeifen. Von vornherein. Die man teilweise mit Beweise tatschlagen kann, denen der andere mit haarstarker Klarheit nachweist, daß ihre politische Uninteressiertheit nichts anderes ist als bequemes Beiseiteschieben. Sie werden lächelnd mit dem Kopf schütteln und mit kindisch-eigenwilliger Betonung sagen: „Ich verstehe davon nichts.“ Das sind die Fortlosen. Wirklich keine angenehmen Erscheinungen. Dann gibt es eine zweite Gruppe: Die Laumarmen. Die einmal hierhin, einmal dorthin schielen und deren einziges Beständiges ihre völlige Unbeständigkeit ist. Nicht aus Verrat, sondern aus angeborener Feigheit. Die nicht charaktervoll genug sind, nur einmal wenigstens ihre Meinung deutlich zu sagen, und die dort ein Paar Punkte zugeben und hier etwas zurückzunehmen haben, bis sie wie Betrunkene fortwährend auf solcher politischer Ebene einherlaumeln. Das sind die Hehler. Und schließlich gibt es welche, denen die Politik ein unanständiges

Die Passion.

roman von Clara Viebig.

Was Olga sich dachte! Die war wirklich naiv. Da konnte er doch nicht hingehen so ohne jeden Grund. Das hieß ja geradezu mit Fingern auf sich selber zeigen. „Mein Gott, mein Gott!“ Manfred Berndorff rang die Hände: war er nicht in einer furchtbaren Situation? Sie ja auch — aber er vielleicht noch in einer furchtbareren. Was sollte werden? Geld hatte er nicht, das war alles draufgegangen zur Wiederherstellung seiner Gesundheit. Der Mutter konnte er unmöglich schon wieder schreiben: „Schick mir Geld.“ Sie glaubte es ihm ja, daß das Einpauken viel Geld kostete, aber dieser Glaube hatte doch mal ein Ende. Ein Examen hatte er bis jetzt nicht gemacht. Sie würde zuletzt die Geduld verlieren. Und wenn sie die auch aus sich selber nicht verlor — sie liebte ihn ja so sehr — so würde sie die durch andere verlieren. Er konnte es deutlich hören, wie sie sprachen: „Nun, hat Ihr Sohn jetzt sein Examen gemacht? Was, noch immer nicht?!“ Arme Mutter! Er hatte ein grenzenloses Mitleid mit ihr, und auch mit Olga. Aber was konnte er tun, wie konnte er alles ändern?! — Gott sei Dank, daß er jetzt wenigstens geheilt war! Der junge Mann zog die Brauen zusammen, und ein finsterner Zug setzte sich auf seiner Stirn fest: das konnte er doch wohl als bestimmt annehmen —?

Der Professor, den er wegen verschiedener merkwürdiger, ihn nach und nach beunruhigender Zustände aufsuchte, hatte ihm zwar nach gründlicher Untersuchung bei jener ersten Konsultation nichts als bestimmt zugesichert — „Rückfälle sind niemals ausgeschlossen, auch noch nach langer Zeit nicht“. Das wäre entsetzlich!

Es war wirklich unerhört gewesen von solchem Mann, einem armen Menschen, der in seiner Not und Angst zu ihm kam, eigenlich jede Hoffnung zu nehmen. Dieser Pessimismus empörte Manfred, beleidigte ihn förmlich: was, Jahr um Jahr noch sollte er in Angst vor diesem Gespenst schweben, sein ganzes Leben sollte vielleicht dadurch verpfuscht sein?! Er ging nicht mehr hin. Und auch beim zweiten Arzt, bei dem er sich aber doch in dauernde Behandlung geben mußte, blieb er nicht lange. Berühmte Namen, Leute, die alles besser wissen wollten, im Grunde aber nicht mehr Wissen hatten, als er selber aus Büchern schöpfte! Erst hatte er sich kaum getraut, nach einschlägiger Lektüre zu fragen, er betrat im Zweifel, den Hut tief in die Stirne gedrückt, die medizinische Buchhandlung und flüsterte, weit über den Verkaufstisch vor-

gebeugt, mit gedämpfter Stimme. Nach und nach wurde er dreister; er gab sich als Student der Medizin aus: das waren ja alles natürliche Dinge, warum sich scheuen? Der Mediziner muß jede Neuerscheinung kennen. Er ließ sich alles Einschlägige vorlegen. Mochte das Werk noch so teuer sein, er kaufte, kaufte. Er stürzte damit nach Hause und las, las mit steigender Rote auf den Wangen, mit Puffen, die wie im Fieber jagten. Nun besaß er schon eine ganze Literatur. Beim vierten Arzt war er nun doch auch schon angelangt.

Manfred Berndorff besah die ganze Ungebild seines Vaters; der hatte auch nie lange gefaselt, bei dem hieß es immer: schnell, es mußte alles gleich sein. Ach, sein armer Vater! Wie mit einem bohrenden Schmerz nagte es dem Sohn am Herzen, wenn er seines Vaters gedachte. Und das tat er jetzt oft. Viel, viel öfter als er, da der lebte, an ihn gedacht hatte. Hätte er dem Vater nicht noch die Liebe antun können, das Abiturium zu machen? „Mein Gott, ja, wenn ich gewußt hätte, daß er so bald sterben würde, hätte ich's sicher getan.“ sagte er sich. Nun war es zu spät. Um manches andere umzugehen zu machen, war es auch zu spät. Die helle Verzweiflung konnte ihn packen, wenn er sich über die eigene Dummheit klar wurde, und auch darüber, daß die letzten Worte, die sein Vater zu ihm gesprochen, Worte des Jornes gewesen waren. Nein, ihm konnte es niemals gut gehen auf Erden! In solchen Stimmungen hätte er sich ein Leid antun können. Dann starrte er hinüber auf den Schienenstrang und blickte fast gierig nach den Rädern, die sich so schnell drehten: sich darunterwerfen, sich darunterwerfen! Es war ein Glück, daß er durch eine Annonce, unten in der verstecktesten Ecke der Zeitung, auf einen Doktor Süßlin in der Elsäßer Straße aufmerksam wurde.

„Rat und sichere Hilfe auch in verzweifellen Fällen“ — nun, sein Fall war nicht verzweifelt, konnte gar nicht verzweifelt sein, er war ja noch jung, so jung. Aber er war des Gerennes von einem Arzt zum anderen herzlich satt. Darum doppelt schnell hin nach der Elsäßer Straße. Er fand in einem ziemlich verkommenen, hochstöckigen Haus, in dem viele Parteien hausten, ganz oben in der fünften Etage, die durch ein kleines, kaum erhellbares Schildchen gekennzeichnete Wohnung des „Wunderdoktors“, wie eine Frau, die er auf der Treppe besaure, den Doktor Süßlin nannte. Er fand einen erfahrenen Mann. Der Doktor hatte zwar nicht in Deutschland promoviert, aber was schadete das, er fand Hilfe dort, fand Heilung. Und war sehr bald. Manfred Berndorff wunderte sich selbst, daß kein größeres Glücksgefühl ihn überkommen mochte. Er war ja nun wieder gesund, Gott sei Dank, wieder gesund! Er stand vorm

Spiegel und prüfte sich mit kritischem Blick, vom Kopf bis zu den Füßen. Ebenmäßig und gerade, nicht dick aber auch nicht mager, die Beine wie schlanke Säulen, die Hüften schmal, und klar die Haut und glatt, nirgendwo eine Anschwellung mehr, kein Untütchen am ganzen Menschen. Er hätte jubeln können und jubelte doch nicht. Es kostete auf ihm wie ein steter Druck. Aber das war natürlich, Gott im Himmel, wenn die jetzt nach Berlin kam! Und was sollte überhaupt werden —?

Manfred hatte furchtbare Nächte; er schlief wohl, aber solcher Schlaf war Dual. Aus wirren Träumen, die ihn ängstigten, fuhr er auf mit einem Schrei. Er lag in Angstschweiß gebadet. Wenn er doch nur jemand hätte, dem er sich anvertrauen könnte! Aber er hatte niemand. „Vater, Vater!“ Ein Stöhnen entrang sich ihm. Nein, er war ja nicht schlecht, er wollte das Mädchen ja nicht im Stich lassen, gern mal ab und zu, wenn sie erst hier war, sich mit ihr treffen, aber — und er schlug sich vor die Stirn und nannte sich selber einen Esel. Warum hatte er ihr seine Adresse genau angegeben? Er hätte gleich in seinem ersten Brief irgendeine erfundene Fülle; mit der Mutter mußte er vereinbaren, daß die ihm postlagernd schrieb. Es konnte so schwer sein, vielleicht hier eine zugehörige Wohnung zu finden, er hatte noch keine ständige, es war überhaupt besser, daß er sich die Briefe selber abholte, als daß eine unzuverlässige Wirtin sie während seiner Abwesenheit herumfahren ließ. D, wie dumm war er gewesen! Dann wären Olgas Briefe nicht an ihn gelangt, er brauchte sie nicht zu lesen, und sie selber konnte ihn dann nicht ausfinden; er war für sie untergetaucht im weiten Meer der Stadt — auf ewig. Zu seiner Mutter würde sie ja nicht gehen und bei der nach ihm forschen; dazu war sie zu stolz. Etwas wie Achtung stieg in ihm auf für sie, die ihm mit ihren Briefen, in denen sie ihr Leid klagte, ihre Angst — sie schrieb, man merke es jetzt, daß sie ein Kind bekam, sie konnte es nicht verbergen mehr — wohl mit den von Tränen betropften Zeilen an sein Herz rührte, so rührte, daß er es sogar äußerlich schmerzhaft spürte, ihm aber nie einen Vorwurf machte. Es gab Stunden, in denen er sie eigentlich bewunderte; freilich, als sie es ihm entdeckt hatte, da war er schon damals noch mehr außer sich gewesen als sie. Er hatte eine Angst bekommen, wie ein Kind vor der Rute. Fortlaufen, fliehen, das war sein einziger Gedanke gewesen. Gott sei Dank, daß er jetzt in Berlin war, weit fort in einer Stadt, die groß und weit war wie eine Welt! Aber in der es doch kein Einkommen gab. Oder doch? Hoffentlich! Aber kein Vor-sich-selber-entringen.

(Fortsetzung folgt.)

Geschäft ist. Das sind die Demagogen, mit dem immer lächelnden und leuchtenden Antlitz, die die lockende Volksseele nutzbar zu machen verstehen. Die gestern den „Dolchstoß“, heute die „nationalen Belange“, morgen den Völkerverrat in die Menge schreien, die Kinderwärtigen gegen rote und Juden mobil machen und die in Wahrheit nur zu gut wissen, daß ihre zünnert unwahrhaftige Politik doch einmal an der eigenen grenzenlosen Lüge erstickt muß. Berufsbegehr wider besseres Wissen. Solange, wie es möglich, wird gehodstapelt. Das sind die Uebelsten.

Sind Schriftsteller vogelfrei?

Schwerindustrie und geistiges Eigentum.

Vor dem Amtsgericht Charlottenburg mußte sich dieser Tage die Firma Siemens u. Halste in einem ihrer Profuristen eine höchst notwendige Belehrung über die Bedeutung des literarischen Eigentumsbegriffes zuteil werden lassen. Der nicht unbekannt Schriftsteller Arno Haack-Hengsbach war 11 Jahre lang in der literarischen Abteilung der Siemens-Werke tätig. Sein nächster Chef war ein Oberingenieur Quainy. Dieser Herr hat die Gewohnheit, Arbeiten seiner Untergebenen unter seinem Namen an die Firma weiterzugeben und auch mit seiner Signatur in den Siemens-Publikationen zu veröffentlichen. Im Falle Haack ging er sogar so weit, selbständige Aufsätze dieses Schriftstellers an die Monatschrift „Die Bergstadt“ und andere Journale zu senden und die Abdruckhonorare einzustreichen. Er „erwartet“ sich so den Ruhm eines vielgewandten Schriftstellers. Die Firma Siemens u. Halste K.-G. mußte Herrn Haack nach seinem Austritt in mindestens drei Fällen beschuldigen, daß Herr Quainy sich ihm gegenüber bezüglich der Verwendung seiner Manuskripte nicht einwandfrei benommen hätte. Herr Quainy wurde aber keineswegs von seiner Firma kaltgestellt, sondern noch befördert. Um diese Angelegenheit von prinzipieller Bedeutung auch öffentlich zu einer Geschäftsreise zu sein und ließ sich durch einen Anwalt seiner eine Beleidigung, auf die dieser nur mit einer Klage antworten konnte. Der Kläger zog es vor, während der Verhandlung auf einer Geschäftsreise zu sein und ließ sich durch einen Anwalt seiner Firma vertreten. Dieser suchte das plagiatorische Verhalten seines Mandanten durch einen Abschnitt aus der Dienstordnung von Siemens u. Halste über gewerbliches Eigentum zu rechtfertigen. Er mußte sich aber von Dr. Eisele vom Schöfferverband deutscher Schriftsteller und von dem Rechtsvertreter dieser Berufsorganisation über den Begriff geistiges Eigentum dahin aufklären lassen, daß die Firma wohl die Anonymität von ihr angeregter Publikationen fordern dürfe, daß aber Herr Quainy keineswegs das Recht habe, sich mit anderer Federn auszustaffieren. Herr Haack mußte wegen formaler Beleidigung verurteilt werden, aber was zu erreichen war, hatte er erreicht: die moralische Beurteilung des Gegners und der ihn schützenden Firma. Sein Wahrheitsbeweis wurde als erbracht angesehen. Wenn man übrigens den Ausführungen des Siemens-Anwalts Glauben schenken darf, so herrscht allgemein in der Schwerindustrie die von ihm vertretene Auffassung vom geistigen Eigentum. Nach den Behauptungen des Herrn behandelte Germaniawerk, Deutsche Werke, Krupp usw. literarische Erzeugnisse ihrer Angestellten nach demselben freiberuflerischen Prinzip. — Stimmt das? Dann müßte man die Schriftstellerverbände ersuchen, sich einmal um diese Zustände zu kümmern.

Starke Zunahme der Straßenunfälle.

Ueber 3000 in einem Vierteljahr — 39 Tote.

Einen Rekord, allerdings einen höchst unerfreulichen, stellt die Zahl der Zusammenstöße in den Monaten Juli, August und September dar, denn sie überschreitet diesmal bereits das dritte Tausend. Es handelt sich um 3034 Fälle im 3. Quartal, denen 2816 Zusammenstöße im 2. Quartal gegenüberstehen. Von den Zusammenstößen entfallen auf Personkraftwagen, d. h. auf die Privatautomobile, 693 (677), auf Kraftdroschken 649 (551), Kraftomnibusse 64 (113), Lastkraftwagen 368 (395), Krafträder 229 (155), Kleinstkraftwagen 107 (103), Treträder 332 (256), Pferdegespanne 286 (57) und Straßenbahnen 306 (306) Fälle. Dabei sind insgesamt 39 (33) Personen, darunter 3 (10) Kinder, getötet und 1409 (1369) Personen, darunter 134 (132) Kinder, verletzt worden. — Die Schuld an den Zusammenstößen trifft in den meisten Fällen die Führer der verletzten Personkraftwagen, auf deren Konto 442 (457) gebucht sind. Dann folgen die Kraftdroschken mit 364 (307), die Fußgänger mit 353 (383), die Treträder mit 297 (219), die Lastkraftwagen mit 193 (231) Fällen usw. — Als Ursache sind u. a. angegeben: Schnellfahren in 411 (422), falsches Einbiegen oder Ueberholen in 253 (236), Trunkenheit der Fahrer in 50 (71) Fällen.

Ein gefährlicher Fund.

Durch unvorsichtiges Umgehen mit einem Sprengkörper ist der 36 Jahre alte Weichenwärter Franz Masold schwer zu Schaden gekommen. Masold fand am Sonntag auf der Strecke zwischen den Bahnhöfen Brunwald und Eichkamp in dem Graben neben dem Bahndamm einen Sprengkörper, wie man sie zum Ausladen und Sprengen von Baumstüben benutzt. Er nahm ihn mit in seine Bude, um zu sehen, ob er noch brauchbar sei. Als er versuchte, die Zinkhülle mit seinem Taschenmesser abzulösen, explodierte der Sprengkörper und verletzte ihn schwer an der linken Hand und an beiden Oberarmen. Als am Montag früh ein anderer Wärter beim Reinigen der Laternen die Strecke absuchte, um nachzusehen, ob vielleicht irgendwo noch mehr Sprengstoff liege, fand er denn auch ganz in der Nähe der ersten Fundstelle noch 6 Sprengkörper der gleichen Art. Die Sprengkörper noch wahrscheinlich jemand am Sonntag aus einem Borortzug hinausgeworfen, um sich ihrer zu entledigen.

Schwerer Straßenbahnunfall.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Montag abend gegen 5 Uhr in der Schönbühler Allee, Ecke Danziger Straße. Ein Straßenbahnwagen der Linie 48 E fuhr an der Haltestelle auf den Anhänger der Linie 48 mit großer Wucht auf. Unter den Fahrgästen brach eine regelrechte Panik aus, und es hatte zuerst den Anschein, als ob ein sehr schweres Unglück entstanden war, da der Bordperron des Triebwagens der Linie 48 E und der Hinterperron des Zuges 48 erheblich beschädigt waren, doch kamen die verunglückten Fahrgäste glücklicherweise glimpflich davon. Acht Fahrgäste, die größtenteils einen Nervenz-

schock erlitten, konnten nach der ersten Behandlung auf der Rettungsstelle 11 nach Hause entlassen werden. Auch ein junges Mädchen und eine ältere Frau, die von der Feuerwehr nach dem Lazarustrankenhaus transportiert wurden, konnten wieder entlassen werden, da sich die Verletzungen als nicht gefährlich erwiesen. Durch den Zusammenstoß trat eine empfindliche Verkehrsstörung ein, die besonders hart von den heimkehrenden Arbeitern und Angestellten empfunden wurde.

Allgemeine Funktionär-Versammlung

heute, Dienstag, den 3. Nov., abends 7 1/2 Uhr, im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain

Tagesordnung:

Locarno und die deutsche Politik

Referent: Dr. Rudolf Breitscheid.

Zutritt haben alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD. mit dem Ausweis von 1925. Das Mitgliedsbuch muß vorgezeigt werden. Der Bezirksvorstand.

Am Schlesiischen Bahnhof.

Das Ende einer Bierreise.

Die Gegend am Schlesiischen Bahnhof ist mit ganz besonderer Vorsicht zu genießen. Auf keinen Fall aber ist es empfehlenswert, dort neue Bekanntschaften zu schließen und mit ihnen sofort eine Bierreise zu unternehmen. Ein Schlossermeister aus der Provinz hat dabei recht unangenehme Erfahrungen machen müssen. Seineitwegen stand der erst 21jährige Gelegenheitsarbeiter Rudolf Bialas wegen Raubes vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte.

Der Schlossermeister hatte seinen letzten Zug veräumt, der ihn in sein Heimatstädtchen bringen sollte. Der also Zurückgebliebene mußte diesen Umstand wohl für einen Grund zum Trinken halten. Mehrere Lokale in der Gegend des Schlesiischen Bahnhofs laden den Meister als freigebigen Gast, der bald einen Kreis fröhlicher Zecher um sich sah. Wie wenig es aber den Damen und Herren seiner neuen Umgebung auf den spendierten Alkohol ankam, das verriet den deutsch einige aufgelegene Sätze wie: „Den bewachen wir!“ Jeder vernünftige Mensch hätte daraus wohl sicher die Konsequenzen gezogen, daß es jetzt an der Zeit wäre, sich ziemlich unauffällig zu empfehlen. Anders unser Schlossermeister. Er ließ sich von dem Angelegten und dessen Anhang noch einmal zum Besuch eines anderen Lokales verteilen. Schon nach dem ersten Glase Bier wurde ihm auffällig übel, er hatte das Empfinden, als wäre etwas hineingeschluttet worden, das ihn seiner Sinne berauben sollte. Als sich der Unvorsichtige auf die Toilette begeben hatte, folgte ihm der Angelegte und fiel sofort über den Schlossermeister her. Nach einem betäubenden Schlag in die Augen, durch welchen der Ueberfallene heilig blutete, riß ihm B. einen fäuzigmarztischen aus der Westentasche und suchte das Weite. Seine goldene Uhr und Kette konnte der Meister nur dadurch retten, daß er sie trampelhaft festhielt. Der Angelegte lachte die ganze Sache zuerst wesenlich harmloser hinzustellen, mußte aber nach den übereinstimmenden, beäugenden Aussagen der beiden Zeugen sehr bald klein beigeben. Das Gericht verurteilte den B., der trotz seiner Jugend schon mehrfach vorbestraft ist, wegen der Rohheit seiner Tat jede mildernden Umstände und verurteilte ihn wegen Raubes zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus. Der Angelegte, dem zwei Monate auf die Untersuchungshaft angedreht wurden, nahm die Strafe sofort an.

Raubüberfall in der Schäferstraße.

Auf dem Wege vom Posthofamt wurde am Montag vormittag eine 17jährige Angestellte einer Firma in der Schäferstraße 13 überfallen und beraubt. Das Mädchen hatte 1000 Mark abgeholt, die es in einer Aktentasche trug. Auf der Treppe zum Geschäft erhielt es plötzlich einen Schlag ins Gesicht, der es zu Boden stürzte. Drei junge Männer entrißen ihm in nächster Augenblicke die Tasche und liefen mit der Beute davon. Es gelang, die beiden Männer zu stellen. Es sind zwei stellungslöse Kausleute namens Wittkowski und Rohrbach, die angeblich in Spandau wohnen. Die Tasche mit dem Gelde wurde auch noch bei ihnen gefunden.

Musikfest der Heilsarmee.

Am Sonntag begann im Saalbau Friedrichshain der erste musikalische Kongreß der Heilsarmee. Rag man sich zu dieser Bewegung stellen wie man will, mag man lächeln über ihren naiven Glauben oder sich lustig machen über ihre Marschmusik, nach der geistliche Pieder gefungen werden, kein Mensch wird ihre Leistungen auf dem Gebiet sozialer Fürsorge in Abrede stellen wollen, niemand wird die guten Seiten dieser Bewegung verkennen. Zugegeben, daß die etwas materialistischerische Aufmachung zum Lachen reizt, trotzdem stecken in der Heilsarmee Werte aufrichtigen Menschentums. Die aus vielen deutschen Städten, wie Stuttgart, Stettin, Breslau und

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 3. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.30—6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 7 Uhr abends: Literarische Stunde. („Um Kaspar Hauser“). 7.30 Uhr abends: Direktor Karl Fraenger: „Die Pfalz am Rhein“. 8 Uhr abends: Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann: „Die Bedeutung des Vertrages von Locarno“. 8.30 Uhr abends: Sendespiele. Abtaltung Oper. Leitung: Cornelis Bronsgeest. Spielzeit 1925/26. 11. Veranstaltung. Die komische Oper „Das Mädchen von Elizondo“. Oper in einem Teil von J. Offenbach. Dirigent: Salmar Meyrowitz von der Berliner Staatsoper. Vertigo, Gastwirt: Bernhard Köhler; Mignol, ein junger Basko; Leonhard Kistemann; Manuella, eine junge Waise; Käte Jöken-König. Die Handlung spielt in Elizondo, einem baskischen Dorfe. 9.30 Uhr abends: Haltere Rezitationen. Vorgelesen von Hans Mühlhofer. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst 10.30 Uhr abends: Winks für Funkbastler (Geh. Oberregierungsrat Dr.-Ing. Albrecht).

Heidelberg, herbeigeeilten Musiker sind keine Berufsmusiker, es handelt sich hier um Leute, die ihren bürgerlichen Beruf haben und ihre freie Zeit dem Wert der Heilsarmee kostenlos zur Verfügung stellen. Die Vorträge der einzelnen Kapellen waren zum Teil ausgezeichnet, und es fiel immer wieder auf, wie rein die Blasinstrumente klangen.

Reit- und Fahrturnier.

Die Sonnabend- und Sonntagabend-Springen haben die neue Automobilhalle am Kaiserdamm nicht überfüllt, wie das bei Turnieren in den Anfangstagen üblich ist, weil die Wetter sich erst über die Form der Pferde vergewissern wollten. Am Sonntagnachmittag aber, an dem alle Leute vom Bau kamen, war ein gedrängt gefülltes Haus. Viel Beifall fand die Tierspanner-Quadrille bildschöner oldenburgischer Hengste. Die Wiener Spanische Reitschule brachte unter anderem Arbeiten der Hengste an der Hand des Abrieters. Diese Vorführungen wirkten gerade in Wien so verblüffend, weil dort die Reitschule in einem eigens für sie erbauten Heim untergebracht ist. In dem großen Raum der Automobilhalle verliert sich manche Einzelheit. Natürlich bleibt auch hier eine starke Wirkung. Diese Jagenumwobenen Schimmel sehen aus wie einer Spielzeugschachtel entnommen, jeder ihrer Schritte ist Tradition, sie sind lebendig gewordene Gemälde. Die vergangenen Zeiten ergötzen sich an der besetzten allerzärtlichsten Gromadheit. Heute will man Kilometeressen mit dem Automobil, dem Flugzeug und dem Motorrad. Das schöne Pferd ist Schauobjekt, das gute Pferd wird zum Sportzweck.

Gestern nachmittag konzentrierte sich das Hauptinteresse des Publikums auf das Hochspringen, zu dem zehn Pferde antraten. Als einzige Dame nahm Frau Ulrike Sauermann teil, die mit Argentino 1,75 Meter fehlerfrei sprang. Beni tat bei 1,80 Meter mit dem ungarischen Hauptmann von Tsch einen sehr gefährlich aussehenden Sturz. Der Reiter blieb unverletzt, der Wallach wurde lahm aus der Arena geführt. Sieger blieb das allbekannte Springpferd Hanto unter seinem Besitzer und Reiter von Langen. Zweiter war Spanier, der 5 Zentimeter weniger als Hanto, nämlich 1,90 Meter fehlerfrei unter Leutnant Romm sprang. Der schweizerische Hauptmann Weiß hat sich eine Schnenzzerrung zugezogen, die ihm das weitere Reiten fürs Erste unmöglich macht. Zwei Reiterlehrer an der Eidgenössischen Regieanstalt in Thun werden dafür nach Berlin kommen, um die schweizerischen Pferde zu reiten.

Humboldt-Hochschule. Dr. med. Westmann hält Reitmod. abends 8 Uhr, in der Aula Dorstbeustr. 12, einen Lichtbildvortrag: „Vom Ursprung des Lebens, von der Urzelle bis zum Menschen.“

Lehrgänge in der Wohlfahrtspflege. Das Kreis für Wohlfahrtspflege, Berlin W. 35, Rottebstr. 41, veranstaltet in diesem Winter vier Lehrgänge in der Wohlfahrtspflege. Es werden Vorlesungen gehalten über: „Die Fürsorgepflichtverordnung“, „Aufbau der Wohlfahrtsämter“, „Die Bedeutung der Kummerungsgelege für die Wohlfahrtsämter“, „Die Rettung der Strafgefangenenfürsorge“. Als Dozenten sind gewonnen worden: Stadtrat Dr. Kuiselius, Beigeordneter Dr. Remelsdorff (Städtelrat), Obermagistratsrat Dr. Dörsdorf, Oberreg. Rat Dr. Reuleid (Finanzministerium), Dr. Margarete Sommer. Die Vorlesungen finden in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Universität, Berlin SW, Kochstr. 13 statt. Programme und Karten sind in der Geschäftsstelle erhältlich.

Zum Grubenunglück auf Zeche Holland.

Die Untersuchung der Explosionsursachen.

Wie das Grubensicherheitsamt durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst“ mitteilt, hat die bisherige Untersuchung über die Schlagwetter-Explosion auf Zeche Holland I—II folgendes ergeben: Kurz vor der Explosion ist in einem tieferliegenden Flöz eine starke Erderschütterung (Gebirgschlag) erfolgt. Dadurch sind größere Mengen Schlagwetter ausgetreten und mit dem Wetterstrom in höher liegende Strecken gezogen. Dort haben sie sich entzündet. Die Ursache der Entzündung ist mit Wahrscheinlichkeit darin zu suchen, daß durch den Gebirgschlag in der elektrischen Lokomotivförderung Kurzschluss und damit Flammenbildung aufgetreten ist. Die Fortpflanzung der Explosion ist durch das Gesteinstaubverhalten aufgehalten worden, das sich hierbei vorzüglich bewährt hat. Im ganzen sind 17 Mann tödlich verunglückt, und zwar teilweise durch mechanische Verletzungen, teilweise durch Gasvergiftung, teilweise durch Verbrennung. Die Untersuchung, an der der Leiter des Grubensicherheitsamts sowie der Unfallauschuss der Grubensicherheitskommission Dortmund teilnimmt, wird fortgesetzt.

Das Beleid des Reichspräsidenten.

Der Herr Reichspräsident hat an den Oberberghauptmann in Dortmund folgendes Telegramm gerichtet: „Die Nachricht von dem schweren Explosionsunglück auf der Schachtanlage Holland hat mich tief bewegt. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen der toten Bergleute den Ausdruck meiner herzlichsten Anteilnahme, den Verletzten meine besten Wünsche für ihre Wiederherstellung zu übermitteln.“ u. Hindenburg, Reichspräsident.

Sport.

Internationaler Ringer-Weltkampf.

Bei dem am Sonnabend im Balhalla-Theater am Weinbergsweg begonnenen Ringer-Weltkampf haben sich die alten Prominenten der Matte wieder zahlreich eingestellt. Nicht weniger als 37 Ringer sind bereits angetreten, darunter, um nur einige zu nennen, aus Deutschland Hans Schwarz und Pietro Scholz. Es werden täglich 5 Kämpfe durchgeführt, und zwar bis zur abschließenden Entscheidung. Am Sonnabend wurde das Programm mit flotten Kämpfen eröffnet. Der Russe Kyrioff mußte sich dem Sachsen Schneider beugen. Winter-Wien konnte sogar schon nach 6 Minuten über den Bayerer Kochfeder triumphieren. Lassaraffe-Frankreich konnte den Oesterreicher Jilch nach 1 1/2 Minuten durch Untergriff auf die Matte legen. Der Berliner Kricheldorf konnte gegen eine so gute Klasse wie Westinowich nicht auf die Dauer standhalten, er mußte sich dessen Kraft nach 19 Minuten beugen. Ergebnisse des Sonntags: Pietro Scholz, der Liebling aller, siegte nach technisch hervorragendem Kampf über Bierholz nach 16 1/2 Minuten durch einen prächtigen Hüftenwurf. In der gleichen Zeit erlegte Kawan-Bien den Polen Worpul. Buchheim-Sachsen legte nach 14 Minuten Tschup-Bolen durch Untergriff matt. Lassaraffe wari Kricheldorf-Berlin nach 19 Minuten, während Bartowal-Deutschpoken über den Thüringer Opik nach 20 Minuten durch doppelten Armgriff triumphieren konnte.

Licht ist produktiv.

Wer seinen Betrieb richtig beleuchtet, erhöht die Leistungsfähigkeit seiner Arbeiter, vermindert Unfälle und Ausschußarbeit. Licht in genügender Menge richtig angewendet, erhöht die Produktivität.

Das Lichtheft „Licht und Arbeit“ ist bei Elektrizitätswerken, Dram-Verkaufsstellen und anderen Elektro-Fachgeschäften für 25 Pf. erhältlich.

OSRAM

- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Kreisvorsitz für Arbeiterwohlfahrt: Alle Helferinnen und Helfer in der Wohlfahrtskommission nehmen an der vom Jugendamt heute, Dienstag, abends um 7 Uhr im Jugendheim Danziger Str. 62 (Höler Saal) einberufenen Sitzung teil.
- 7. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 3. November, 7 1/2 Uhr. Fortsetzung der Kreis-Schülerkommission im Schüler-Reichsausschuss. Schülerstraße 26, vorn part. rechts (Oberster). Vortrag über: „Die Schule als Erziehungsort im sozialistischen Sinne“. Referent: Geroßmann Hans Pieper.
- 13. Kreis Tempelhof. Mittwoch, den 4. November, 7 1/2 Uhr. Bei Hiendorf, Marienberf, Schulstr. Ecke Stralindstraße, Kreisvorstandssitzung.

Morgen, Mittwoch, den 4. November.

- 33. Abt. 7 1/2 Uhr. Abrechnung mit dem Kassierer, Oberberichter und Sammelstellen. Gleichzeitig Sitzung sämtlicher Funktionäre. Erläuterung Briefe, evtl. Briefträger fällen.
- 38. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Genosin Schenckelowsky, Meisestraße 26. Gartenbau part. Funktionärerversammlung.
- 41. Abt. Friedenau. Sozialistisches Seminar: 8 Uhr bei Kabe. Bendlerstraße 60. Thema: „Bürgerliche und proletarische Ideologie“. Referent: Friedrich Wendt.
- 42. Abt. Steglitz. 7 1/2 Uhr bei Thiel, Ringstr. 17. Sitzung des Vorstands und der Funktionäre.
- 44. Abt. Kottbus. 8 Uhr bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 20/21, Funktionärerversammlung.
- 104. Abt. Niederschöneweide. 7 1/2 Uhr bei Thiele, Berliner Str. 88. Vorstandssitzung mit den Funktionären. Creditausnahme zum Vorhand.
- 106. Abt. Johannisthal. 7 1/2 Uhr bei Gubin, Rosenthal 2. Funktionärerversammlung.
- 108. Abt. Köpenick. 7 1/2 Uhr im Kleinen Saal des Stadthausers Funktionärerversammlung. Stellungnahme zur Wahl des 1. Abteilungsleiters. Erscheinen aller Funktionäre unbedingt erforderlich.
- 134. Abt. Busch. 8 Uhr im Lokal Köpferer Sitzung des Abteilungsverbandes mit den Betriebsvertrauensleuten und den Kreisabteilungen.

- Jugendsozialisten. Gruppe Eden:** Heute, Dienstag, 8 Uhr in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2, Aufkommenpunkt. — **Gruppe Lichtenberg:** Heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Berkaufes Fortna: „Kollaborieren“. Referent: Gen. Arthur Richter. Bericht von der Gruppenkonferenz.
- Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkassen:** Abt. Steglitz, heute, Dienstag, pünktlich nachmittags von 4-6 Uhr, im Heim Wredrichstr. 47.

Jugendveranstaltungen.

Karten zur Revolutionsfeier am Sonntag, den 3. November, im Großen Schauspielhaus sind zum ermäßigten Preise im Jugendfretariat zu haben.

- Beginn der Bildungsarbeit. Thema: „Geschichte der Arbeiterbewegung“.** Werksbezirk Kleinpark: Dienstag, ab 8. November, Schule Elmsenstr. 20. Ref.: Genosin Kadenbach. — Werksbezirk Prenzlauer Berg II: Mittwoch, ab 4. November, in der Schulungsabteilung Greifenhäger Str. 22. Ref.: Genosin Schütte. — Werksbezirk Neukölln: Mittwoch, ab 4. November, im Jugendheim Gerner Straße. Ref.: Genosin Matzow. — Werksbezirk Ostend: Donnerstag, ab 5. November, im Jugendheim Krieger Str. 108. Ref.: Genosin Rauh. — Werksbezirk Steglitz: Donnerstag, ab 5. November, in der Schule Schöneberg, Freystr. 36. Ref.: Genosin Kadenbach. — Werksbezirk Spandau: Freitag, ab 6. November, in der Gartenbauhauptschule Gärten. Ref.: Genosin Damer. — Werksbezirk Kreuzberg: Sonntag, ab 7. November, Schule Stallgäßchenstr. 33. Ref.: Genosin Zifke.
- Andere Themen:** Werksbezirk Oberferer: Dienstag, ab 3. November, im Jugendheim Niederschöneweide, Berliner Str. 88. Genosin Weisinger über: „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“. — Werksbezirk Reinickendorf: Donnerstag, ab 3. November, im Jugendheim Engel, Bahnhofsstr. 15. Genosin Dore Robian über: „Entstehung des Kapitalismus“. — Beginn überall abends 7 1/2 Uhr.

Heute, Dienstag, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr:

- Gemeinschaftsabend abends 8 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 2.
- Abteilungsmittgliederversammlungen:

- Wobling/Wald: Schule Wilmersstr. 48, vtz. — Rorboll II: Jugendheim Neue Straße 21. — Rorboll II: Jugendheim Danziger Str. 62. — Schöneberg II: Schule Frankfurter 10. — Wilmersbach: Jugendheim Hildebrandstr. 4. — Marienberf: Alte Schule, Poststr. 7. — Steglitz II: Jugendheim Wredrichstr. 47. — Reinickendorf: Jugendheim Schillerstr. 44. — Reinickendorf-Ost: „Seebad“, Heilensstr. 46. — Reinickendorf: Schule Schillerstraße. — Niederschöneweide: Schule Hienendorfer Str. 60. — Vantow: Jugendheim Breite Str. 22. — Spandau: Bei Gen. D.H. Weisenburger Str. 14.

- Kreuzberg: Exzellenz Greifenhäger Str. 22. Fortsetzung „Genosin Kadenbach“, II. Teil. — Neukölln III: Jugendheim Rosenthal 22. Ausrichter: „Jugend und Sozialismus“. — Wilmersbach: Schule Hildebrandstr. 4. Fortsetzung „Genosin Kadenbach“. — Wilmersbach: Schule Schöneberg I. Treffpunkt 7 1/2 Uhr. Fortsetzung „Genosin Kadenbach“. — Wilmersbach: Schule Schöneberg I. Treffpunkt 7 1/2 Uhr. Fortsetzung „Genosin Kadenbach“. — Wilmersbach: Schule Schöneberg I. Treffpunkt 7 1/2 Uhr. Fortsetzung „Genosin Kadenbach“. — Wilmersbach: Schule Schöneberg I. Treffpunkt 7 1/2 Uhr. Fortsetzung „Genosin Kadenbach“.

Vantow: Sämtliche Mitglieder des Ausschusses sowie des Ausschusses haben bestimmt morgen, Mittwoch, abends im Jugendheim Breite Str. 22 zur Sitzung zu erscheinen.

Wetter für Berlin und Umgegend: Weist bewölkt und kühl, zeitweise leichter Regen. — Für Deutschland. Im West- und Mitteldeutschland ausgehende, meist leichte Niederschläge. Schließen bedeckt, aber trocken. Die meisten mäßig bewölkt und kühlt.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportler als Schützer der Republik.

In Lettland . . .

Ueber das Zusammenwirken zwischen der Sozialdemokratischen Partei in Lettland, dem Arbeitersportverband und der dortigen Republikanischen Organisation erfahren wir interessante Einzelheiten.

Bald nach dem Ende des Befreiungskampfes des lettischen Volkes für seine Unabhängigkeit und eine demokratische Staatsverfassung bildete sich im Lande eine faschistische Bewegung, die einen terroristischen Kampf gegen die neue Staatsform und die Arbeiterklasse, die zum allergrößten Teile die neue Staatsverfassung schützte, aufnahm. Zuerst waren es einige Gruppen von reaktionären Offizieren, die als Mordbanditen tätig waren. In den Jahren 1920-1922 erfolgten mehrere Angriffe auf sozialdemokratische Abgeordnete, bei denen u. a. der Genosse Kuzemniks getötet wurde. Arbeiterdemonstrationen und Demonstrationen wurden gesprengt und gestört, unsere Parteifahren vernichtet.

Nach dem Siege des Faschismus 1922 in Italien gingen die lettischen Faschisten dazu über, ihre Organisationen noch strenger auszubauen. Die „Aktiven Nationalisten“ und der „Lettsche nationalistiche Klub“ wurden militärisch organisiert, geschult und bewaffnet. Die Mitglieder waren hauptsächlich Korpsstudenten und bürgerliche Jugendliche. Der Klub hat eine ganze Reihe von Verbrechen verübt. Besonders hervorzuheben sind die Angriffe auf die Arbeiterdemonstrationen im Jahre 1923 und die Antikriegsdemonstration im vorigen Jahre in Riga, ferner Handgranatenüberfälle auf die Buchdruckerei des „Sozialdemokrat“ und die Demonstrationen der Arbeiter in der Redaktion des Blattes. Viele Zusammenstöße mit Offizieren und Arbeitersportlern in Riga, Vibau und in der Provinz, wobei u. a. der Genosse Roffat getötet wurde, schließen den Kranz der faschistischen Verbrechen.

Neben diesen aktiven Organisationen bestehen noch andere, die weniger aggressiv tätig sind, in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie aber gemeinsame Sache machen. Das aus 18 000 Mann bestehende „Schutzkorps“, das nach außen hin zur Hilfeleistung der Polizei angegliedert ist, besteht ebenfalls zum allergrößten Teil aus reaktionären bürgerlichen Elementen. Es hat sich zu einer bewaffneten Kampforganisation besonders der Großbauern entwickelt. Die Landarbeiterkassen und die meistens sozialistisch gesinnten Kleinbauern haben stark unter diesem „Schutzkorps“ zu leiden.

Die lettische Sozialdemokratie hat selbstverständlich die Aufhebung und die Entwaffnung der faschistischen Organisationen verlangt, leider bisher vergeblich. Die Arbeiterklasse konnte sich aber mit diesen Forderungen allein nicht begnügen. Zu Beginn des Jahres 1923 wurden bei der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Riga Berammlungsabteilungen gegründet. Bald stellte sich heraus, daß in dem aktiven Kampf gegen die stark organisierten und durchgebildeten Faschisten ebenso tüchtige Arbeiterabteilungen nötig sind. Deshalb stellte sich der unter der Führung der Sozialdemokratischen Partei stehende Arbeitersportverband in den Dienst der Sache. Bei den Ortsvereinen des Verbandes wurden militärische Sektionen geschaffen, die beim Vorstand eine eigene Abteilung hatten.

Die Sektionen nahmen den Kampf gegen den lettischen Faschismus nach allen Richtungen hin auf; sie hatten viele Verluste zu tragen. Bereits im Jahre 1924 waren 3000 aktive Mitglieder vorhanden. Nach der Ermordung des Genossen Roffat wurden endlich die faschistischen Organisationen verboten, gleichzeitig aber auch der Arbeitersportverband und damit die sozialdemokratisch-republikanische Gegenorganisation.

Das nächste der Reaktion allerdings wenig, denn nach der Auflösung des Arbeitersportverbandes traten sämtliche Arbeitersportler in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und gründeten dort Sportsektionen. So war es möglich, trotz aller Drangsalierungen die Bewegung erfolgreich weiterzuführen. Seit dem 1. Juli dieses Jahres arbeiten die Arbeitersportler wieder in einer selbstständigen Organisation, die den Namen „Arbeiter-Sport- und Schutzbund“ („Stradnieku Sports un Sargs“) führt. Der neue Bund hat zurzeit 45 Ortsvereine mit rund 4000 Mitgliedern.

Es ist selbstverständlich, daß der Bund seine ursprüngliche Aufgabe, nämlich Sport zu treiben, nicht aufgegeben oder vergessen hat. Die schönen Erfolge der lettischen Arbeitersportler auf der ersten Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. in diesem Jahre beweisen das. Der Schutzbund hat seine militärischen Sektionen, die nach Gruppen, Jügen, Kompanien und Bataillonen eingeteilt sind und militärisch geschult werden. Die Mitglieder tragen eine besondere Uniform, die der unseres Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ähnlich ist. In politischer Hinsicht arbeitet der „Arbeiter-Sport- und Schutzbund“ im engsten Einvernehmen mit der Sozialdemokratischen

Arbeiterpartei und mit den Gewerkschaften der Richtung Amsterdam. Kommunisten und Anhänger bürgerlicher Parteien werden grundsätzlich nicht aufgenommen. Der Bund ist nicht nur als eine Abwehrorganisation der Arbeiterklasse tätig; er hat sich auch stets für die Republik und die demokratische Staatsverfassung eingesetzt; er gibt eine eigene illustrierte Monatschrift heraus.

Der Reaktion ist natürlich der „Sport- und Schutzbund“ ein Dorn im Auge und fortwährend wird seine Auflösung gefordert. Aber die großen Verdienste um die Erhaltung der Arbeiterbewegung und der Republik, die von sämtlichen republikanischen Organisationen dankbar anerkannt werden, haben das Geschrei der Reaktion zum Schweigen gebracht. Der Bund will auch in internationaler Beziehung tätig sein und erstrebt ein Zusammenarbeiten mit dem „Republikanischen Schutzbund Österreichs“ und dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in Deutschland.

Der Aufbau des lettischen republikanischen Schutzbundes und die Grundlage, die er besonders in den Arbeitersportkreisen des Landes findet, sollten unseren Arbeitersportlern zu denken geben. Die „Neutralität“, die von den deutschen Arbeitersportvereinen der Republik gegenüber eingenommen wird, ist doch im Grunde genommen nur ein unentschlossenes Zurückweichen vor der Großmächtigkeit der Kommunisten. In ihren politischen Organisationen bankrott, versuchen diese — besonders in Berlin — wenigstens in der Arbeitersportbewegung noch das Feld zu behaupten. Von hier aus soll dann die Arbeiterbewegung erobert werden. Wie lange dieses Treiben noch fortgesetzt werden kann, hängt von der Aktivität der republikanisch und sozialdemokratisch gesinnten Arbeitersportler ab.

Schwimmfeste.

Städtewettkämpfe in Neukölln.

Die „Freien Schwimmer Neukölln“ hatten zum Sonnabend und Sonntag die Vereine Freier Schwimmerbund Löwe Mannheim, Freier Wasser-Sportverband Hannover-Linden Abt. Hoya, Arbeiter-Schwimmerverein Leipzig, Vorwärts Berlin und Pohrdon Breslau zu Wettkämpfen eingeladen.

Schon die Sonnabendkämpfe ließen erkennen, daß die Wahl der eingeladenen Vereine gut getroffen war; die Schwimmer zeigten geschlossene Felber und harte Kämpfe um den Sieg. So war gleich die Eröffnungskassette 50 Meter ein hartes Ringen zwischen Neukölln und Vorwärts, das Neukölln nur durch den Schlachtmann für sich entscheiden konnte. In weiteren Abständen folgten Breslau und Mannheim. Besonders hervorzuheben ist die Zeit, die der Jugendliche Frohn-Neukölln im Männlichen Jugendschwimmen 100 Meter beiseitig mit 1:12 erreichte. Wenn die Zeiten im Brust-, Rücken- und Seitenschwimmen nicht ganz die während der Olympiade gezeigten Leistungen erreichten, so nur deshalb, weil alle Schwimmer aus der Schwimmlage ohne Startsprung vollzogen wurden. Die Männer-Brustkassette war das inneren Schwimmen des Tages. Kopf an Kopf lagen die Mannschaften von Vorwärts und Neukölln vom Start an bis kurz vor dem Ziel zusammen. Erst der Schlussschwimmer von Vorwärts konnte durch schnelleren Anschlag den Sieg für seinen Verein buchen. Die gezeigten Sprünge ergaben ganz Durchschnittsleistungen. Besonders hervorzuheben ist das Springen des einbeinigen Springers Frey-Mannheim. Das Jugendwasserballspiel Hannover-Barmstedts Berlin konnte leichter mit 5:2 überlegen gewinnen, während im zweiten Spiel Leipzig-Neukölln mit 4:0 Loren Neukölln den Sieger stellte. — Am Sonntag wurde pünktlich 3 Uhr das Fest mit einem eindrucksvoll vorgetragenen Prolog eröffnet. Mit lebhafter Spannung wurde dem 100-Meter-Männlichen Schwimmen entgegen gesehen. Hier fanden sich der Olympiasieger Werner-Mannheim, Otto-Neukölln und Kaluzza-Breslau gegenüber. Ganz überraschend konnte Werner vorlet Terrain durch ungewohntes und schlechtes Wenden.

Ergebnisse vom Sonnabend, den 31. Oktober. Männerkassette 50 Meter. 1. A: 1. Neukölln 1:31.2, 2. Vorwärts 1:34. — Weibl. Jugendbrustschwimmen 100 Meter: 1. Beer 1:43.4, 2. Christophi, Barmstedt, 1:51.2. — Männl. Jugendschwimmen 100 Meter: 1. Frohn, Neukölln, 1:12.4, 2. Mikreit, Neukölln, 1:15.2. — Männerbrustschwimmen 100 Meter, AL A: 1. Gille, Neukölln, 1:54.1, 2. Some, Neukölln, 1:55.2. — Weibl. Jugendbrustschwimmen 50 Meter: 1. Barmstedt II 5:31.4. — Männl. Jugendbrustschwimmen 4x50 Meter: 1. Barmstedt I 2:48.2, 2. Neukölln I 2:49.5, 3. Männerbrustschwimmen 100 Meter, AL A: 1. Kaluzza, Breslau, 1:19.4, 2. Schlöder, Barmstedt, 1:23.4. — Männerbrustschwimmen 100 Meter, AL A: 1. Rinald Barmstedt, 1:28.2, 2. Jostel, Neukölln, 1:29. — Springen für Männer, AL A, 5 Sprünge: 1. Beer, Barmstedt, 21 Punkte, 2. Kappel, Neukölln, 19. Punkte. — Credittauchen für Männer: 1. Gille, Barmstedt, 50 Meter in 41.4 Sek. 2. Freiländer, Mannheim, 50 Meter in 40.4 Sek. 3. Blum, Neukölln (einbeinig), 50 Meter in 1:01. — Männerkassette 3x100 Meter, AL A: 1. Neukölln 5:55.2, 2. Barmstedt, Berlin, 5:48. — Männl. Jugendbrustschwimmen 4x50 Meter: 1. Barmstedt I 2:54.1, 2. Neukölln I 2:58.2. — Wettbewerf für Männer 25 Meter Brustschwimmen und 25 Meter Schmetterling: 1. Dohle, Neukölln, 1:24.3, 2. Rube, Neukölln, 1:29. — Männerbrustkassette

VIM

Ihr Küchengeschirr
 reinigen Sie am besten
 mit VIM. — Frei von
 Säuren ist VIM das
 hygienischste Putz-
 mittel für das Koch-
 und Tisch-Geschirr.

30 Pf.

V2

UND WENN ENMAL
 DAS GELD NICHT
 REICHT,
 KAUFT MAN
 BEI
FEDER
 FEDERLEICHT

HERREN, DAMEN, KINDER
KLEIDUNG

DAMEN-HERREN
PELZE WASCHE

Feder

ALLES AUF KREDIT

BRUNNENSTR./FRANKFURTER ALLEE 350 | NIEDRIGE PREISE
 KOTTBUSER DAMM 108/CHARL-SCHARRENSTR. | KLEINE ANZAHLUNG
 Mitglied des Verbandes des | BEQUEME RATEN
 kreditgebenden Einzelhandels | **SOZIALE** RÜCKSICHTNAHME

Tapeten
 25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
 Riefenauswahl in allen Preislagen — herrliche Muster

Tapeten-Magazin Humboldt
 Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
 nur 1. Etage, kein Laden.
 (Ringstr., daher konferenzlos 8 Uhr.)
 Vorzeige erhält 5% Rabatt.

Sealplüschmäntel
 nur erstkl. Qualitäten auf Damassé von 95. — Mk. an
 Voll- u. Biberetteplüschmäntel von 75. — Mk. an
 Außer: Biberetteplüsch-, Sinks- u. Lammfelljacken
 in allen Sachen große Au-wahl.
 Auf Wunsch M-Anfertigung da Fabrikation in
 eigener Werkstatt.

Wilhelm Schmücker, Neukölln
 Weserstr. 217, Ecke Kottbuser Damm, I. Etage

Kommunale Produktionskredite.

Leistungssteigerung der städtischen Betriebe durch Anleihen.

Wenn eine Kommune in Deutschland eine ausländische Anleihe aufnehmen will, so ist sie an die Zustimmung der Beratungsstelle für Auslandskredite gebunden. Die Beratungsstelle ist eine nach Stabilisierung der Währung gegründete Reichsinstitution. Den Vorsitz in der Beratungsstelle führt ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums. Ein wichtiges Mitglied der Beratungsstelle ist der Vertreter der Reichsbank. Nun hat sich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht kürzlich in verschiedenen Äußerungen sehr scharf gegen die Bemühungen der Kommunen gewandt, Kredite auf dem ausländischen Kapitalmarkt zu erhalten. In erster Linie zu Auslandskrediten berechtigt seien die privaten Wirtschaftskreise. Es erscheint notwendig, gegen diese Auffassung des Reichsbankpräsidenten Stellung zu nehmen. Herr Dr. Schacht macht einen Unterschied zwischen der kommunalen Betätigung und der „Wirtschaft“. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Kommunen heute zahlreiche Unternehmungen betreiben, die

wesentliche Bestandteile der Wirtschaft

sind. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, Untergrundbahnen u. dgl. sind Anlagen, die lebensnotwendige Güter oder Dienste produzieren. Der Bedarf der Städte an langfristigen Anleihen für ihre werdenden Unternehmungen ist heute außerordentlich groß. Auf der einen Seite sind die meisten Werte in ihrer technischen Substanz durch den Krieg und die nachfolgende Inflationszeit stark heruntergewirtschaftet worden. Auf der anderen Seite hat sich seit Stabilisierung der Mark der Absatz an Gas, Elektrizität usw., sowie der Verkehr auf den Straßen- und Untergrundbahnen bedeutend gehoben. In Berlin z. B. betrug im Inflationsjahre 1923 die nutzbare Stromabgabe der städtischen Elektrizitätswerke 436 Millionen Kilowattstunden. Im darauffolgenden Jahre 1924 war die entsprechende Zahl 462 Millionen Kilowattstunden. Im laufenden Jahre 1925 wird der nutzbare Stromabsatz, nach den bisher vorliegenden Zahlen zu urteilen, den Wert von 600 Millionen Kilowattstunden überschreiten. Diese Entwicklung geht bis jetzt noch immer in einem raschen Tempo weiter. Um die vorhandenen, unzureichend gewordenen Betriebsmittel in Einklang zu bringen mit der steigenden Nachfrage, sind

große Erweiterungen der technischen Anlagen notwendig.

die naturgemäß große Mittel erfordern. Da der deutsche Kapitalmarkt in seiner heutigen Verfassung nicht in der Lage ist, die benötigten Summen herzugeben, so bleibt nur der Schritt in das Ausland übrig.

Es besteht kein Grund, weder vom Standpunkte der Volkswirtschaft, noch von dem der Währung aus betrachtet, diesen Auslandskrediten der Städte Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Die kommunalen Unternehmungen sind nämlich produktiv

zunächst in dem Sinne, daß sie die Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Anleihen selber herauswirtschaften. Darüber hinaus aber sind Reinvestitionen in den kommunalen Werken gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt in einem tieferen

Sinne produktiv. Nämlich infolge des rapiden Fortschrittes der Technik besitzen moderne Betriebseinrichtungen einen höheren wirtschaftlichen Gütegrad als Anlagen älteren Datums. Sofern es sich also bei den städtischen Unternehmungen darum handelt, entweder einen Mehrbedarf zu decken oder veraltete Anlagenteile stillzusetzen, werden neue Anlagen, eben weil sie moderner sind, meistens billiger produzieren, als dies mit den älteren Betriebsmitteln möglich war.

Die neuen Anlagen bringen also Ersparnisse.

Diese Ersparnisse können entweder in dem städtischen Haushalt für allgemeine Zwecke des Etats verwandt werden, oder sie können dazu benutzt werden, die Tarife, die die Abnehmer der Werte zahlen, herabzusetzen. Beide Verwendungszwecke kommen der Bevölkerung zugute, indem entweder der Steuerdruck oder die Produktionskosten bzw. die Kosten der Lebenshaltung vermindert werden. Ersparnisse in den kommunalen Betrieben stellen eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft dar, die sich u. a. in einer Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt äußert. Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist aber ein wesentlicher Faktor für die Aufrechterhaltung der Währung. Kommunale gewerbliche Unternehmungen, die durch ausländische Kredite in einer technisch und wirtschaftlich zweckmäßigen Weise ausgebaut werden, bedeuten also nicht nur eine Schwächung, sondern im Gegenteil, eine Stärkung der Währung.

Die Frage der Auslandskredite hat für Berlin im Augenblick noch insofern eine besondere Bedeutung, als die eingangs erwähnte Beratungsstelle zurzeit damit beschäftigt ist, die 30-Millionen-Frank-Anleihe zu prüfen, die die städtischen Elektrizitätswerke die Absicht haben, bei einem schweizerisch-holländischen Bankenkonsortium aufzunehmen. Die Anleihe ist beabsichtigt für den Bau des Großkraftwerkes Rummelsburg bestimmt. Dieses neue Werk gehört zu jener Kategorie von Anlagen, die durch ihre hochmoderne technische Einrichtung die elektrische Energie billiger erzeugen werden, als es in den vorhandenen Kraftwerken der Stadt bzw. durch den Bezug von Fernstrom bisher möglich war. Aber für den Entschluß, das neue Kraftwerk zu errichten, ist dieser Gesichtspunkt der Verbesserung der Deconomie gar nicht einmal ausschlaggebend gewesen. Es handelt sich bei Rummelsburg einfach darum, den ständig wachsenden Mehrbedarf der Bevölkerung an elektrischem Strom zu befriedigen. Dieser Mehrbedarf kann nur durch den Bau eines neuen Kraftwerkes gedeckt werden. Denn selbst die von manchen Seiten empfohlene Ausdehnung des Bezuges von Fernstrom würde doch nur der Erhöhung der Grundleistung zugute kommen. Die Spitzenleistung müßte immer an Ort und Stelle erzeugt werden, so daß eine starke Erweiterung der Betriebsanlagen in Berlin selbst unter keinen Umständen zu vermeiden ist. Diese Erweiterung etwa durch Ablehnung der 30-Millionen-Frank-Anleihe zu verhindern, hieße, der Bevölkerung und der Wirtschaft die elektrische Energie vorzuenthalten, die sie für die Beleuchtung, für die industriellen und gewerblichen Kraftbetriebe und für die Straßen- und Untergrundbahnen dringend benötigen.

Dr.-Ing. W. Majerczyk

Großbanken und Berliner Pfandbriefbank.

Diktatur über den Pfandbriefmarkt?

Im Anschluß an die Sanierung des Rahn-Konzerns spielt auf dem Markte der Goldpfandbriefe zwischen den beteiligten Großbanken und der Berliner Pfandbriefbank ein Kampf, der in hohem Maße öffentliche Interessen berührt. Bekanntlich haben mehrere Großbanken, darunter die Diskontogesellschaft und die Commerz- und Privatbank, gegen Kredite an den Rahn-Konzern zirka 5 Millionen 10- und 5prozentige Goldpfandbriefe der Berliner Pfandbriefbank übernommen.

Sehr bedenklich und u. U. für die Zukunft der Goldpfandbriefe gefährlich sind die Praktiken, zu denen sich die beteiligten Großbanken berechtigt glauben, um aus der Festlegung einiger Millionen ihrer Bestände keine Liquiditätsschwierigkeiten und aus dem eventuellen Verkauf der Goldpfandbriefe keine Kursverluste zu erleiden. Aus irgendwelchen Gründen beabsichtigen die Banken nämlich den Verkauf der Goldpfandbriefe.

Pfandbriefe sind nun keine Aktien. Die Goldpfandbriefe der Berliner Pfandbriefbank sind mündelsicher, es besteht eine Zins- und durch die hinter den Pfandbriefen stehenden Hypotheken eine Rückzahlungsgarantie. Wer Pfandbriefe hat, kann, Stabilität der Währung vorausgesetzt, nie sein Kapital verlieren. Der Kurs aber, genau wie der Kurs von Staatspapieren, ist beweglich und geht zu Lasten des Besitzers der Pfandbriefe. Die Hypotheken- und Pfandbriefbanken haben wohl ein großes Interesse daran, daß ihre Pfandbriefe einen festen Kurs haben, aber unmöglich können sie dazu verpflichtet werden, weil sonst die freie Preisbildung auf dem langfristigen Kapitalmarkt unmöglich gemacht würde. Um die Sicherheit der Goldpfandbriefe zu gewährleisten, sind die Pfandbriefbanken übrigens verpflichtet, jeweils so viel Pfandbriefe wieder aufzunehmen, als der Bestand an gewährten Hypotheken zurückgeht.

Das wissen auch die Großbanken. Sie wissen ferner, welche große Bedeutung für die Gesundung der deutschen Wirtschaft ein richtig funktionierender und vom Vertrauen der Sparer getragener Pfandbriefmarkt hat. Sie selbst sind im eigenen und im Gesamtinteresse verpflichtet, am Wiederaufbau eines gesunden und kräftigen Kapitalmarktes mitzuwirken. Dennoch sind sie auf dem besten Wege, nachdem sie durch ihre ungesunde Zins- und Stützungspolitik die Aktien fast zu Assignaten gemacht haben, auch die Pfandbriefe dazu zu machen.

Aus der Furcht vor möglichen Kursverlusten bei dem freien Verkauf der Pfandbriefe haben sie nämlich von der Berliner Pfandbriefbank gefordert, ihnen ihre annähernd 5 Millionen Goldpfandbriefe aus dem Kreditgeschäft mit dem Rahn-Konzern zum Börsenkurs abzunehmen. Als sich die Pfandbriefbank mit Recht dagegen verwahrte, weil sie als öffentliche Bank zwar gemeinwirtschaftlichen, aber nicht den privaten Kapitalinteressen der Großbanken zu dienen habe, versuchten die Banken es mit Druck. Auf dem Berliner Pfandbriefmarkt wurden kurz hintereinander große Beträge Berliner Goldpfandbriefe bis zu mehreren hunderttausend Mark angeboten, was vorübergehend zu Kursrückgängen führte. Der Kurs wurde durch Aufkäufe des Berliner

Pfandbriefmarktes gehalten. Die Beunruhigung des Pfandbriefmarktes war aber so stark, daß holländische Käufer von Goldpfandbriefen auf den Verkauf verzichteten.

Damit nicht genug. In den inzwischen zum Schutze des Pfandbriefmarktes von öffentlichen Stellen eingeleiteten Verhandlungen erklärten die Banken sich zwar bereit, mit Rücksicht auf die Sicherheit des Goldpfandbriefemarktes mit Verkäufen zurückzuhalten. Sie dehnten nun aber ihre Veruche, das Kursrisiko auf andere abzuwälzen, auf die Stadt Berlin aus. Sie wollten den Goldpfandbriefmarkt nur unter der Bedingung vorläufig in Ruhe lassen, daß die Berliner Pfandbriefbank sich wenigstens innerhalb einiger Monate zur Abnahme der Pfandbriefe zum Börsenkurs verpflichtet und daß überdies die Stadt Berlin die Bürgschaft dafür übernimmt, daß die Abnahme zum Börsenkurs auch wirklich erfolgt. Außerdem soll sich die Berliner Pfandbriefbank verpflichten, in der Zwischenzeit keine neuen Goldpfandbriefe auszugeben.

Das ist in einer Sache, die für die Volkswirtschaft von höchster Bedeutung ist, zum eigenen Vorteil privater Bankinteressen eine Preßion in vollster Form. Abgesehen davon, daß die Verpflichtung zur Rücknahme zum Börsenkurs einer Ratutauklausei gleichkommt, wie sie gegenwärtig vom Reichswirtschaftsministerium bei den Kartellen unterdrückt worden ist, soll das Vermögen der Steuerzahler zu einer Bürgschaft gegen mögliche Kursverluste von Privatbanken herangezogen werden. Die Banken übertragen nun also die Methode, die sie bei ihren Konzernstützungen zugunsten der Sicherheit ihrer Forderungen gegenüber dem Staat durchgesetzt haben, auf den Pfandbriefmarkt ganz allgemein und auf die Stadt Berlin im besonderen. Wenn dieser Forderung nachgegeben würde, so mühte das zu Konsequenzen führen, die geradezu katastrophal wären. Alle öffentlichen Banken, die Goldpfandbriefe ausgegeben haben, müßten auf das Anfordern der Privatbanken zum Börsenkurs beliebige Mengen von Pfandbriefen aufnehmen; da das auf die Dauer niemals anders geschehen könnte als entweder durch Inanspruchnahme öffentlicher Mittel oder durch Kündigung der Hypotheken, müßte das ganze, mit so großer Mühe wieder aufgebaute Geschäft der öffentlichen Realreditbanken zusammenbrechen.

Das sind schließlich Konsequenzen, zu denen es unter keinen Umständen kommen darf, zu denen das Verhalten der beteiligten Großbanken im Fall der Berliner Pfandbriefbank aber unausweichlich führen muß. Dem Herrenwillen der Großbanken, der mühsam ihre wachsenden Verlegenheiten verdeckt, müssen endlich jene Grenzen gezogen werden, die nicht mehr wie bisher die wirtschaftlichen Gesamtinteressen den Privatinteressen der Großbanken opfert, statt diese den Gesamtinteressen ein- und unterzuordnen. Wenn man auch verschiedener Meinung sein kann, ob das Berliner Pfandbriefamt immer eine genügend vorsichtige Politik getrieben hat (zu einer Beunruhigung der Pfandbriefbesitzer liegt allerdings nicht der mindeste Grund vor), so muß man vom brandenburgischen Oberpräsidenten bei den kommenden Verhandlungen doch die nachdrücklichste Wahrung der öffentlichen Interessen den Großbanken gegenüber erwarten.

K-r,

Genossenschaften in der Wirtschaftskrise.

Im letzten Bande seines Berichtes über die Produktionshebung, der soeben erschien, stellt das Internationale Arbeitsamt dem wohlthätigen Wirken Anerkennung, das die Genossenschaften aller Art während der durch den Krieg veranlaßten Wirtschaftskrise entfaltet haben. In den allgemeinen Schlussfolgerungen des Kapitels über die Bekämpfung der Krise spricht sich der nun endgültig abgeschlossene Bericht wie folgt aus:

„Unter den Kräften, die wir in dem Werke überblicken und die sicher in neuem Wertem Maße zu den beobachteten Ergebnissen beitragen, haben wir ganz besonders die Genossenschaften zu erwähnen. Wir hatten unsere Fragebogen an deren Zentralstellen in den verschiedensten Ländern gerichtet. Mit Entgegenkommen haben sie unseren Wünschen entsprochen. Sie haben die von ihnen geleisteten Arbeiten beschrieben, das Programm entworfen, welches sie ihren Bestrebungen zugrunde legten. Wir glauben an dieser Stelle das regelnde Wirken unterstreichen zu sollen, welches die Konsumvereine in einer Anzahl Länder auf dem Lebensmittelmarkt in den kritischen Stunden ausübten, als kein wie immer gearteter Widerstand die Teuerung hemmen konnte. Wir weisen hin auf das Bond, das in manchen Ländern zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den städtischen Konsumvereinen geknüpft wurde, auf die Zentralisierung des Einkaufs und des Absatzes in den Händen regionaler und nationaler Organe, auf die von Land zu Land zwischen den Zentralorganen hergestellten Verbindungen und auf die Ausschaltung jedes Gewinnstrebens in diesen Beziehungen, auf die Bewirtlichung eines wahrhaften internationalen Solidaritätsgeistes in ihnen und durch sie. Wir erinnern zu gleicher Zeit an ihr Streben, die Staaten selbst in ihren allgemeinen Beziehungen mit dem Geiste der Genossenschaftlichkeit zu durchdringen.“

20 Proz. Dividende im Wästein-Haus. Auch der Wästeinbetrieb des Wästein-Berlages hat, wie das gesamte deutsche Zeitungsgewerbe, die Räte der Inflation kennen gelernt. Aber er hat die Konsequenz daraus gezogen, daß die Senkung der Handlungskosten durch kaufmännische und betriebliche Konzentration das beste Mittel gegen die Preiserscheinungen ist. 1921 wurden die Familienbesitz gebliebenen Wästein-Betriebe zur Aktiengesellschaft zusammengeschlossen, die eine Anzahl Untergesellschaften durch Beteiligungen kontrolliert. Für die Einrichtung der Umschreibung dürfte das eine große Entlastung gewesen sein. Die gute Druckereikonjunktur nach der Inflation, die reichen Annoncenaufträge der stark auflebenden Reklame kamen hinzu. Allerdings, der Wästein-Berlag hat ein gutes Fingerseilengefühl für das, wonach die Deffektivität verlangt. Der geringen Kaufkraft des bürgerlichen Mittelstandes, die das Buchgewerbe daniederliegen läßt, kam er mit neuen Zeitschriften entgegen. Die Vielseitigkeit der Publikationsgebiete, von technischen Zeitschriften und billigen Bücherreihen bis zu den Schnittmustern und zur Kinderzeitschrift erlauben hunderte Millionenfach eine durchgreifende Verlagsreklame. Das Ergebnis ist für 1924 eine glänzende Bilanz. Es wird auf 10 Millionen Aktienkapital ein Reingewinn von 2,7 Millionen oder reichlich ein Viertel des Aktienkapitals ausgewiesen. Der tatsächliche Gewinn dürfte noch um die 2,3 Millionen höher sein, um die die Grundstücke und Gebäude abgemertzt worden sind. Die gestiegenen Zahlen der Anlagen und Mobilien werden im Geschäftsbericht nämlich durch die vorgenommenen gründlichen Modernisierungen der Betriebe belegt. Man darf den Reingewinn also wesentlich höher veranschlagen. Der Geschäftsbericht selbst gibt dafür außer dem schon genannten stark gestiegenen Annoncengeschäft einige Gründe an, besonders die hohe Auflage der Zeitungen. Die Arbeiterschaft kann, nachdem sie ihre verstreuten Betriebe zusammenzufassen begonnen hat, von der kaufmännischen Form und dem konzentrierten Vorgehen des Wästein-Konzerns mandertel lernen.

Umwandlung der Firma Heinrich Lanz in Mannheim in eine Aktiengesellschaft. Die bisher als offene Handelsgesellschaft betriebene Firma Heinrich Lanz in Mannheim, die durch ihre Maschinen- und Motorfabrikation bekannt ist, wird binnen kurzem unter Führung der Deutschen Bank und der Rheinischen Kreditbank in eine Aktiengesellschaft unter der Firma Heinrich Lanz A.-G. mit einem Grundkapital von 12 Millionen Mark und einer offenen Reserve von 1,2 Millionen Mark umgewandelt werden. Die unmittelbare Veranlassung für diese Umwandlung bildet die im vorigen Jahre mit der R. Wof A.-G. in Magdeburg eingegangene Interessengemeinschaft, die ohne die Gleichheit der Gesellschaftsform beider Unternehmungen sich nicht in vollem Umfange hätte auswirken können. Die gesamten Aktien übernehmen die bisherigen Gesellschafter der Firma Heinrich Lanz, die Erben des Gründers der Firma sind.

Die Lage der Kabelindustrie. Zu den nach wie vor gut beschafftesten und auch rentablen Industrien gehört die deutsche Kabelindustrie. Sie profitiert von der guten Konjunktur, die von der allgemeinen Ausdehnung der Elektrizitätswirtschaft in der ganzen Welt ausgeht. In Deutschland hatte insbesondere die Inflation starke Auftragsreserven aufgespeichert. Der Ausbau der Wasserkräfte und Stromnehe, die fortschreitende Elektrifizierung in der Industrie, der Wiederaufbau des deutschen Seefabelverkehrs brachten erhebliche Aufträge, besonders aus den gemeinwirtschaftlichen Elektrizitätsunternehmungen. In den Bilanzen für das Jahr 1924 kam diese günstige Lage deutlich zum Ausdruck. Bei fünf großen Werken (Duisburg, Rhein, Deutsche Kabelwerke, Hachtel und Vothorn) wurden Rohgewinne von rund 2,7 Millionen (gegenüber 6,2 Millionen 1913) ausgewiesen. Die Reingewinne betragen bei den fünf Werken 1924 allerdings nur 2,1 gegen 3,3 Millionen 1913, da die Geschäftskosten (ohne Abschreibungen) gegenüber 1913 sich mehr als verdreifacht haben. Die Dividenden betragen bei drei Gesellschaften 6,6 und 15 Proz. Zwei Gesellschaften haben auf die Dividendenverteilung verzichtet, obwohl wenigstens die eine (Hachtel Draht- und Kabelwerke) mit ihrem 3,06 Millionen Bruttogewinn sicher dazu in der Lage gewesen wäre. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Dividenden sich gegenüber der Vorkriegszeit auf ein bedeutend erhöhtes Kapital verteilen. Das Aktienkapital der fünf Gesellschaften beträgt heute 30,0 gegenüber 18,25 Millionen 1913. Die Umsätze sind offenbar stark gestiegen. Am deutlichsten dürfte sich das aus der stark gestiegenen Vorratshaltung und den Warenbeständen ergeben, die mit 10,5 gegen 5,4 Millionen verdoppelt sind. Das Jahr 1924 allein ist mit 2,3 Millionen an dieser Steigerung beteiligt, ein Zeichen, wie befruchtend das Ende der Inflation auf die Industrie wirkte. Auf diese starke Beschäftigung dürfte auch das Ansteigen der Gläubiger zurückzuführen sein (es wird wenig mit Bankkrediten gearbeitet), die sich gegenüber 1913 und Anfang 1924 auf 13,7 Millionen verdreifacht haben. Zahlungsschwierigkeiten scheinen bei den Abnehmern wenig zu bestehen; die Außenstände sind, trotz des erweiterten Geschäftes, niedriger als 1913 (13,5 gegen 15,2 Millionen). Auch im Jahre 1925 ist die Beschäftigung sehr gut. Es wurden sowohl Betriebserweiterungen als Neueinstellungen vorgenommen.

Fusion in der München-Grabbacher Textilindustrie. Eine bedeutende Fusion in der München-Grabbacher Textilindustrie wurde jetzt vollzogen. Sowohl die Generalversammlung der Grabbacher Textilwerke A. G. vormalis Schneiders & Irmer als auch die Grabbacher Wollindustrie A. G. vormalis L. Kofen stimmten dem seit einiger Zeit vorbereiteten Fusionsplan der beiden Werke zu; erstere mit allen gegen zwei Stimmen, letztere einstimmig. Damit ist die Verämelung der beiden Werke, die zu den wichtigsten des München-Grabbacher Industriebezirks gehören, vollzogen.

Etatsdebatte im Landtag.

Beratung des Kultusetats

Der Preussische Landtag führte am Montag die allgemeine Aussprache zum Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten zu Ende.

Der demokratische Abgeordnete Riedel wies auf die schädlichen außenpolitischen Folgen der zweideutigen und unaufrechten Politik der Deutschnationalen hin, deren Presse es fertig bringt, den Beschluß des Reichskabinetts unter dem Vorbehalt Hindenburgs in sein Gegenteil zu verkehren und zu behaupten, das Ergebnis von Locarno habe nicht die Billigung der Luther-Regierung gefunden.

In der Einzelaussprache betont

Ministerpräsident Braum

gegenüber deutschnationalen Beschwerden, daß der Posten einer neuen Regierungstatsstelle in der Presseabteilung des Staatsministeriums durchaus nicht überflüssig sei. Gegenüber kommunistischen Angriffen auf die Zustimmung des Staatsministeriums zur Wiedereinführung der Einfuhrschleune erklärt der Ministerpräsident, es sei ihm unerwünscht, wie man aus der Haltung des Staatsministeriums zur Einfuhrschleune einen Gegensatz zwischen ihm und der Sozialdemokratie konstruieren könne.

Nach Abschluß der Besprechung wird das Gehalt des Ministerpräsidenten bewilligt. Die Abstimmung über die angeforderten Titel und vorliegenden Anträge findet am Dienstag statt.

Das Haus geht hierauf zur zweiten Beratung des Haushalts für Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung über. Es finden vier allgemeine Besprechungen statt, die folgende Gegenstände umfassen: 1. Ministerium, allgemeine Verwaltung, Lehrerbildungs- und Volksschulwesen, evangelische und katholische Kirche; 2. Provinzialschulkollegien und höhere Lehranstalten; 3. Universitäten und technisches Unterrichts- wesen; 4. Kunst.

Gen. König-Eminemünde eröffnet die allgemeine Aussprache mit einer wirklichen Rede, die in großen Zügen die staatliche Kulturpolitik in den Rahmen des weltpolitischen Geschehens der Kriegs- und Nachkriegszeit hineinführt.

Die Schulpolitik der preussischen Regierung trägt in der heutigen Zeit politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich eine schwere Verantwortung. Politisch hat sich das Antlitz Europas in den zehn Jahren seit 1915 total verändert; damals Monarchien, heute Republiken, ein Welt drama hat sich vollzogen. Der Jugend muß der Blick für die Ursachen und Zusammenhänge dieses Welt dramas geschärft werden; deutschnationale Führer können das Schiff der heutigen deutschen Jugend nicht als Kapitane lenken; denn Führer können die nicht sein, die schimpfend und neugierig beiseite stehen. In Europa vollzieht sich überall ein Aufsteigen des vierten Standes als gleichberechtigter Stand; die Arbeiterschaft stellt die politischen Führer. Der vierte Stand wird in dem Gesellschaftskörper als gleichberechtigt eingegliedert (linke rechts); doch Sie (nach rechts) das nicht verstanden haben, ist Ihre schwere Schuld. (Lachen rechts.) Sie machen jetzt Anleihen beim Freiherrn von Stein, den die preussischen Junker als ihren ärgsten Feind verfolgt und geächtet haben.

Nehmen Sie die Gewerkschaften von Rhein und Ruhr weg, so wären diese Landesteile heute nicht mehr deutsch. Die Arbeiterschaft hat Deutschland gerettet. Wir fordern vom Kultusministerium, daß es dem vierten Stande der breitesten Schicht der Volksmasse den Zugang zu allen Bildungsmitteln vermittelt.

Noch immer aber stoßen wir auf Widerstand, noch immer sträubt sich die oberste Schulverwaltung auch gegen die elementarsten Notwendigkeiten auf diesem Gebiete. Der Schleichende Reichsduldsgelei- entwurf ist ein Zeugnis für die Bildungseindringlichkeit der Rechten, er bedeutet eine Herabdrückung der Volksbildung. Auch dem künftigen Lehrer will man nicht die Vorbildung geben, die er nötig hat, um den modernen Ansprüchen gerecht zu werden. Wirtschaftlich ist ebenfalls eine völlige Umgestaltung und Umgestaltung eingetreten. Auch diese Umwälzung Europas muß der Jugend durch die Schule zum Verständnis gebracht und besonders der Geschichtsunterricht entsprechend vertieft und bis auf die Gegenwart durchgeführt werden. Die deutsche Republik, die sich auf die deutsche Arbeiterschaft stützt, wird auch die deutsche Frage im groß- deutschen Sinne lösen, wird die Fahne Schwarz-Rot- Gold wieder voll zu Ehren bringen. Ich hoffe, daß der Kultus- minister sich der preussischen Jugend so annehmen wird, wie wir es erwarten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dölge (Dnat.) legt die Stellung seiner Fraktion zum Reichsduldsgelei dar. Besten Endes sei die Weimarer Verfassung schuld an den schwierigen Verhältnissen. Die Schule müsse vom christlichen Geiste durchdrungen sein. Unverständlich sei die Haltung des Zentrums. Das erkläre auch, daß die katholischen Wähler sich in so großer Zahl der deutschnationalen Partei zuwenden. (Lachen und Widerspruch im Zentrum.)

Abg. Dr. Lauther (S.) wünscht Wahrung der Parität bei der Stellenbesetzung in den Abteilungen des Ministeriums. Die religiöse Spaltung darf nicht dahin führen, daß wir nicht mehr ein Volk von Brüdern sind, dessen einzelne Mitglieder sich zu gemeinsamer Arbeit die Hand reichen müssen. (Sehr wahr!) Zu erinnern sei an die Boettische Schulreform. Die Deutschnationalen hätten sich nicht gegen die Kürzung der Religionsstunden gemächt. Ueber das Reichsduldsgelei sei eine Verständigung möglich, wenn sich die Linke auf den Boden der Gewissensfreiheit stellen wolle. Kein Verständnis sei auszubringen gegen die Kampfanlage der Sozialdemokratie in Heidelberg. Das Zentrum wolle die Bekennerschule niemand aufdrängen; die Sozialdemokraten aber wollen eine Zwangseinheitsschule auch den Widerstrebenden aufzwingen. Das Zentrum werde auch weiter an der konfessionellen Lehrerbildung festhalten.

Abg. Schwarzhaupt (D. Sp.): In der Personalpolitik scheint die oberste Schulverwaltung jetzt das Schwergewicht darauf zu legen, die Linke zufriedenzustellen. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Begründung der Beobachtung der Parität haben wir ebenfalls vielfach Grund zu Beschwerden und wir hoffen, daß der Minister auf Grund der von uns im Hauptausschuß gemachten Angaben Remedur schaffen wird. Der Reichsduldsgeleiwurf in seiner gegenwärtigen Form drücke die Leistungsfähigkeit der Schule bedenklich herab; es wäre erfreulich, wenn dieser Entwurf zurückgezogen würde.

Abg. Korf (Komm.) meint, die heutige Wissenschaft und Kunst seien, wie Polizei und Justiz, nur Mittel zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft. Es sei nicht das geringste unter- nommen worden, das Schulwesen republikanisch einzustellen. Auch die christlichen Kirchen seien die Bundesgenossen der kapitalistischen Diktatur.

Am 17 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Delbrück vernichtet die Dolchstoßflüge.

Cosmanns Behauptungen sind Geschichtsfälschung und Volksvergiftung.

München, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Dolchstoß- Prozeß hat am Montag die „Woche der Sachverständigen“ begonnen. Da man voraussetzen durfte, daß diese sechs Herren ihr Urteil in ruhiger Sachlichkeit abgeben werden, sodas die bisher üblichen dramatischen Höhepunkte nicht in Aussicht stehen, hatte das all- gemeine Interesse nachgelassen. In dem kleinen Gerichtssaal klaffen selbst auf den Pressebänken erhebliche Lücken. Am Montag aber sicherlich nicht zu Recht. Denn die Art und Weise, wie der hoch- angesehene Gelehrte Professor und Geheimrat Dr. Hans Del- brück seine Ansicht über den Dolchstoß der „Süddeutschen Monats- hefte“ vortrug, war nicht nur reich an dramatischem Leben, sondern überraschte vor allem durch die absolut klare Entschiedenheit, mit der er die Sozialdemokratie und ihre Führer mit Einschluß der früheren USB-Leute freisprach von den Verdächtigungen Cosmanns und mit der er weiter ohne Dämonen und Dämonen die beiden Dolch- stoßhefte des Klägers für eine glatte tendenziöse Fäl- schung der geschichtlichen Tatsachen erklärte.

Sachverständiger Delbrück.

Was ist Dolchstoß? Man kann darunter verstehen, daß dem Sieg reichen oder wenigstens im Gleichgewicht stehenden Heere in den Rücken gefallen wurde, oder man kann darunter die Ver- größerung einer vorhandenen Niederlage bei noch währendem Kampfe verstehen. Man kann schließlich den Dolchstoß wesentlich darauf reduzieren, daß die Revolution auf den Waffenstillstand und den Frieden einen überaus ungünstigen Einfluß ausgeübt hat. Letzteres ist nicht abzupreiten, ist aber noch weniger bewiesen. Wenn General Gröner, mit dem ich sonst in allem, was er gesagt hat als Zeuge, übereinstimme, im Einklang mit anderen Militärs ausge- sprochen hat, daß vielleicht noch im Innern Widerstand hätte geleistet werden können, so kann ich das nicht glauben. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß man doch immer wieder auf die Gefahren beachten muß, die uns im Südosten und im Süden drohten, wo wir voll- kommen zusammengebrochen waren.

Das Entscheidende der ganzen Dolchstoßfrage ist, warum wir den Krieg verloren haben. Wir verloren ihn dadurch, daß die große Offensive, auf die unsere ganze Hoffnung gesetzt war, am 21. März 1918 zwar einen ruhmreichen taktischen Erfolg, aber keinen strategischen Erfolg gebracht hat. Sie ist vom Standpunkt der Strategie als ein tatsächlicher Mißerfolg hinzustellen.

Die Schuld liegt nach meiner Meinung an überaus schweren Fehlern der militärischen Führer.

Da jetzt nun das ein, was ich als zweite Auffassung vom Wesen des Dolchstoßes auffasse, nämlich das allmähliche Nachlassen unserer Kräfte. Es ist kein Zweifel, daß dabei auch die Stimmung unter den Truppen, die von der Heimat ge- nähert wurde, eine Rolle gespielt hat, aber es ist doch wohl zu unter- scheiden, wieviel von den Einwirkungen der Heimat auf die Truppen auf die revolutionäre Agitation entfällt und wieviel dabei einfach die materielle Not ausgemacht hat. Dazu kommt noch, daß sich immer mehr die Aufassung verbreitete, die Fortsetzung des Krieges sei über- flüssig; Deutschland hätte einen Verständigungsfrieden haben können. Der Verständigungsriede ist nur ein Friede auf dem status quo, und für diesen Frieden haben wir nicht das Nötige getan.

well wir uns nicht haben entschließen können, die Erklärung abzugeben, daß wir vollständig auf Belgien verzichteten.

Das haben wir nicht getan, und das ist die ungeheure Sünde. Ich zähle nicht weniger als vier bis fünf ganz positive Friedens- angebote der Entente, teilweise natürlich in diplomatischer Ver- hüllung. In all diesen Friedensangeboten wurde uns mehr oder weniger deutlich die Frage gestellt: Wie denkt ihr über Belgien? Aber nie gaben wir offiziell eine klare und zuber- lässige Antwort.

Bergleichen wir die Zurückbarkeit der wirtschaftlichen Lage, die unzulängliche Verpflegung und Ausstattung der Front, die Ueber- zeugung, daß man den Frieden hätte haben können, wenn man ihn nur ehrlich wollte, die grauenvollen Menschenverluste, die Empfindung von der Uebermacht der feindlichen Front, weiterhin die Erkenntnis der ungenügenden Wirkung des Unterseebootkrieges, von der man uns so viel erzählt hatte, sowie die Erkenntnis, die sich allmählich immer mehr durchsetzte, daß die Regierung und die Oberste Heeresleitung die öffentliche Meinung systematisch getäuscht hat, und fragt man sich nun bei diesem Vergleich, wieviel hat da eine systematische Agitation bei der moralischen Zermürbung der Front durch die Sozialdemokraten mitgemacht, so muß man zu der Erkenntnis und zu dem Urteil kommen, daß diese Agitation ein nur ganz unbedeutendes Moment in dem großen Ganzen gewesen ist. Daß die Generale und Admirale, die eine führende Stellung hatten, das nicht zugeben, das will ich ihnen subjektiv gar nicht verdenken.

Denn sie gehören mit in den Kreis der Schuldigen.

Ich glaube, daß das Ergebnis der Zeugenaussage etwas anders ausgefallen wäre, wenn man nicht nur Admirale, Generale und Stabsoffiziere, sondern auch Frontsoldaten hätte zu Wort

kommen lassen. Denn auf die Stimmung der Front kommt es doch sehr viel an, und diese Stimmung ist nicht identisch mit der im Hauptquartier und bei den Stäben. Nun ist für diesen Prozeß wichtig, ob Cosmann für den Inhalt der „Süddeutschen Monatshefte“ verantwortlich ist. Er ist natürlich nicht für jede einzelne Wendung verantwortlich, aber für den Geist des Ganzen trägt er die Verantwortung, und in diesem Fall umso mehr, als er so offensichtlich die Mitarbeiter aussuchte und ganz einseitig zusammengestellt hat. Die Gegenpartei kommt in diesen Dolchstoßheften überhaupt gar nicht zu Wort. Dafür ist nun der Herausgeber verantwortlich, und zudem ist für die ganze Einleitung und für das ganze Nachwort unzweifelhaft Cosmann persönlich verantwortlich zu machen.

Jetzt zu der Hauptfrage: Sind diese Hefte nach der Be- hauptung des Beklagten eine Geschichtsfälschung?

Da kann ich Cosmann nicht helfen. Es ist eine Geschichtsfälschung umso schlimmerer Art, als sie gleichzeitig eine Volks- vergiftung darstellt.

Ich kann es den ungerecht Beschuldigten nicht verdenken, wenn sie sich in schärfsten Ausdrücken dagegen vermahnen; eine läbliche, sachliche Widerlegung würde nicht durchgedrungen sein. Die leidens- schaftlichen Angriffe mußten leidenschaftlich beantwortet werden. Solche Beschuldigungen rufen bei den Angegriffenen Empörung hervor, die sich äußern muß.

Ich muß noch hinzufügen, daß die Klägerpartei selbst einen Rückzug angetreten hat. Zunächst haben die „Süddeutschen Monatshefte“ ein anderes Heft folgen lassen, ein Jahr später, in dem sie nachträglich eine Zermürbung der Front durch moralische Momente bestätigen. Weiterhin läßt Cosmann jetzt die Wehrheitssozialdemokratie, d. h. den größten Teil der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft, so gut wie vollständig aus der Schuld heraus. Ich möchte sagen, daß Keunzelheit der Anklage, die ursprünglich in den Hefen erhoben wurde, eigentlich jetzt vom Kläger fallen gelassen sind. Es wäre also notwendig, wenn Professor Cosmann sich entschließen, auch das letzte Zehntel fallen zu lassen. Das sollte Cosmann nach meiner Ansicht zugeben, daß erstens der Anteil der systematischen Kriegslüge an der Katastrophe von 1918 im Verhältnis zu allen anderen Ursachen nur sehr gering gewesen ist, und zweitens, daß die Sozialdemokratische Partei als solche von diesem Vorwurf überhaupt nicht betroffen werden kann. Das wäre nach meiner Meinung ein unerschütterlicher Dienst an der Wahrheit wie am deutschen Volk.

In der dann folgenden Fragestellung Cosmanns und seines Verteidigers erklärte der Sachverständige Delbrück u. a., daß auch die USB im wesentlichen frei ist von einer Schuld an der Zermürbung der Front. Ganz frei sei sie allerdings nicht zu sprechen, aber hier handle es sich nicht darum, sondern um die Tatsache, daß die Angriffe zweifellos die jegliche Sozialdemokratie treffen sollen. Daran ändert nichts, daß an manchen Stellen der Dolchstoßhefte Unterscheidungen nach dieser Richtung gemacht worden sind. Denn es handelt sich hier um den Gesamteindruck, und der geht gegen die Sozialdemokratische Partei schlechthin. Im übrigen enthalten die Hefte für mich nichts Neues. Die Hefte geben sich als wissenschaftliche Forschung und sind in Wahrheit eine leidenschaftliche Tendenzschrift.

Die Hefte behaupten, die Industrie- und Arbeiter- Agitation verführe, den Sieg nicht gewollt. Was heißt „Sieg wollen“? Den „Ludendorff-Sieg“ mit der flandrischen Küste, Lüttich um, diesen unmöglichen Sieg wollte ich auch nicht. Ich wollte einen Sieg, wie ihn Friedrich der Große in dem Hubertusburger Frieden besiegte. Den Sieg im Sinne Friedrichs des Großen aber, den wollte das ganze deutsche Volk einschließlich der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Hierauf kam der zweite Sachverständige zu Wort, Amtsgeschäfts- rat A. D. Herz, der durch seine lange Tätigkeit im parlamentarischen Untersuchungsausschuß bekannt geworden ist. Dr. Herz wies zu- nächst nach, daß die internationale und pazifistische Einstellung den Willen zur Landesverteidigung an sich nicht zu schmälern brauchten. Dann schilderte er, wie das Misstrauen in breiten Schichten des Volkes immer größer wurde, als die Oberste Heeresleitung ihren allmächtigen Einfluß auf die politische Leitung des Reiches aus- geübt hatte. Ueber die Marinemuterei erklärt der Sachver- ständige:

daß die erste Muterei nicht von den Mannschaften, sondern von den Offizieren schon im Jahre 1915 ausgegangen sei.

die damals erheblich gemürt und sich gemindert hätten, die Eisernen Kreuze anzulegen und schließlich nur durch eine scharfe Ordnung die Ordnung gehalten worden konnte. Weiterhin bestritt der Sach- verständige, daß die vorgekommenen Wählerleien an der Front überhaupt Erfolg gehabt hätten. Das gehe aus den Erklärungen Ludendorffs im September 1918 hervor. Im übrigen sei bei dem Waffenstillstand nicht die Ehre des deutschen Volkes bedroht gewesen, das vier Jahre lang gegen fünf Kontinente einen heldenmütigen Widerstand geleistet habe, sondern bedroht war nur das Prestige der Generale.

Den Schluß seines Gutachtens erstattet der Sachverständige Dr. Herz am Dienstag.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Gesellschaftsfeier: Berlin S. 14, Seebahnstr. 7/8, Hof 2 R.
Festabend, Di. d. 3., 8 Uhr, bei Welter Monatsversammlung ohne Damen. Tagesordnung: Arbeitsplan für den Winter. — Rührenden, nebst Abteilungen. Do. d. 5., 7 Uhr, Antreten des gesamten Reiches der Krüger. Am 7.15 Uhr Abmarsch um 10 Uhr Singsaal (Mittlerer Raum) Gruppenführer. Sämtliche Mitglieder, auch passive. So. d. 6., nach- mittags 3 Uhr, bei Schöner am Rummelsburger See. Republikanischer Familienabend. Pflichtteilnahme. — Witter: Di. d. 3., 8 Uhr, Jugend- Adressen. 1.

Verein der Freiheiten für Feuerbestattung, 11, Regier. Straß. 12, Bauhau. Pflanzstraße. Dienstag, den 3. November, 7 Uhr, in der Oberrealschule Steglitz. Öffentliches Bildnisbeerdigung über „Unser heutiges Bestattungswesen“.

Vereinigung der Schul- und Erziehungsfragen. Dienstag, den 3. November, 8 Uhr, im Realschulhaus Oberriedenstraße, Kerpelstraße. Vortrag: „Die Liebe als Erzieher“ (Caruso Koch).

„Hilfsklub „Gemeinschaft““. Dienstag, 8 Uhr, Ewalds Vereinshaus, Staliner Str. 136.

Arbeiter-Wahl-Klub S. D., Gruppe Schöneberg. Donnerstag, den 3. No- vember, 10 Uhr, Versammlung aller Mitglieder und werktätigen Rabiofreunde

bei Petrus, Gedächtn. M. Thema: Vortrag des Ignoranten und Funktionärs Rühmlich über Überlebensfähigkeit. Ausstellungsapparat für die Deutsche Amateur-Funkvereinsstellung sind mitzubringen. Gabe willkommen.

Theologische Gesellschaft, Maria Theresia. Mittwoch, den 4. November, 7 1/2 Uhr, in den Gesellschaftsräumen Bildmstr. 130, Stubbenhöhe. „Bevor das Ohr vermag zu hören, muß die Empfindlichkeit ihm schweben.“ Mit Diskussion. Eintritt frei.

Arbeitervereinsbildungsstelle. Dienstag, den 3. November, 7 1/2 Uhr, Kesselfelds Gymnasium, Berlin SW, Goltzstraße Str. 34/36 (am Anhalter Bahnhof). Dr. F. Rühmlich: „Gemeinschaftslehre“.

Longfellow English Debating Club, Berlin W., Bülowstr. 104. Gutmann/Gol. Mittwoch, den 4. November, 7 1/2 Uhr abends. Elocutionary Competition.

Hat eine Frau ein Bild von sich

von vor ungefähr sechs Monaten, als sie noch nicht Lavaren zum Haarewaschen gebrauchte, und ein neueres, nachdem sie sich sechs Monate lang mit Lavaren die Haare wusch? Ich würde solche, um durch deren Veröffentlichung jeder Frau vor Augen zu führen, wie hart und voll die Haare danach werden. Selbstredend nur Photo- graphien! Zeichnungen nicht, denn diese beweisen gar nichts. Friedrich Bauer-Gotha.

Nehmen Sie Biomalz

wenn Sie Ihre Gesundheit und ein gutes, blühendes Aussehen erhalten wollen. Ihre Nerven erholen sich, Ihre Arbeitskraft hebt sich. Sie leisten mehr in Ihrem Beruf, verschwinden.

die Gesichtsfarbe wird frischer

und rosig, der Teint reiner. Bei mageren, in der Ernährung heruntergekommenen Personen macht sich eine Debung des Appetits, des Gewinns und infolgedessen eine mäßige Rundung der Formen bemerkbar, ohne daß überflüssiger und lästiger Fettsaß die Schönheit der Formen beeinträchtigt.

Biomalz ist allen durch Ueberarbeit, Krankei, Verboität erkrankten Personen zu empfehlen. Bei Verdauungs- und Verdauungsstörungen begünstigt. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis einer Dose 1.90 Mk., mit Lecithin 6 Mk., mit Eisen (für Blutarme und Bleichsüchtige)

Biomalz kräftigt und erfrischt den ganzen Körper ungem. Schläffe, weisse Züge

220 Mt., mit Kalk extra (zur Stärkung für Lungenleidende) 2.50 Mt. Man verlange nur das echte Biomalz, nichts anderes, angeblich „Ebenfogutes“. Bitte genau auf das Etikett. Druckschriften versenden wir auf Wunsch umsonst und postfrei.

Neu: Biomalz • Schokolade je 100 • Gramm • Tafel 60 Pf. und Biomalz • Bonbons, bestes Linderungsmittel bei Husten und Heiserkeit, vorzüglicher Geschmack, je Beutel 30 Pf.

Gebr. Patermann, Zellow-Berlin 10.



Wie er es anstellte.

Skizze von Josef Lenhard.

Jörns Butnik schlug sich die Hände über die Oberarme. Es fror ihn wie einen jungen Schnauzer, den man im Regenwetter auf die Straße gejagt hat. Und gerade so gottsjämmerlich war es dem Jörns zumute, wenn er anfang zu denken.

„Himmel! Teufel und Dummerkiel!“ half er sich zuzeiten ein bißchen über den Augenblick hinweg. Aber nur über den Augenblick, dann star ihn halt wieder.

So begann er zum 7ten Male seinen Dauerlauf, vor, unter das Jellenfenster, hinter, an die Tür, fünf Schritte hin und im eleganten „Rehr marsch“ wieder zum Fenster.

Fünf Schritte! Eins — zwei — drei — vier — fünf — kehrt! — eins — zwei — drei — vier. Dummerkiel, wenn sie mir wenigstens den verdammten Laden offen lassen, die Idioten. Zu denken, daß man bei nachtschlafener Zeit einen Laden brauchte! Da ist's doch ohne dies dunkel. Und das bißchen Sternengestirmt wäre doch kaum der Rede wert. Ja, wenn man draußen hätte sein können, so ganz allein, mitten im Felde, den weiten winterkalten Nachthimmel über sich, Teufel, wäre das eine Sache. Sieben Laufstunden wären es nur nach Hause.

Rennen würde er, über Gräben und Dämme, die hülgauer Chaussee hinunter, rechts den Feldweg hinüber nach Klein-Schiffen zum Onkel Jansen.

„Ja, da wäre halt nichts zu ändern: Leber den Jahn gleich hinten, auf den Holzstoß durch die Siebelföhrung in die Manfarde, dann leise, ganz leise — so — die Treppe hinunter, nun noch ein wenig vorsichtiger, daß die Tür zum Schlafzimmer nicht knarrt, der Onkel könne erwachen, denn der ist das Nichttrauen in Person. Ja, dann müßte man halt etwas feste zugreifen, — so —, noch etwas fester, — so —, dann ganz fest, mit aller Kraft.“

Nun würde Jörns Butnik schnell Licht anzünden und alles Bargeld an sich nehmen, des Onkels besten Sonntagsanzug anziehen, ein großes Stück Fleisch aus dem Rauch einpacken für die ersten Tage und dann könnte er vielleicht den Frühzug nach der Hauptstadt erreichen.

Jörns fühlte sich mollig, wenn er sich mit dem vielen Gelde in der großen Stadt sah.

„Das zweitemal würden sie ihn nicht mehr erwischen. Dummerkiel! Wie konnte er vor einem halben Jahre so stoddumm sein und der Polizei in die Hände laufen? Dummerkiel und Teufel, so stoddumm dumm!“

Jörns Butnik schlug sich die Hände über die Arme. Am liebsten hätte er sich auf die Ohren geschlagen, aber er hatte gottsträffliches Zahnweh.

„Eins — zwei — drei — vier — fünf — kehrt — eins — zwei — — da wollte er sich heute nachmittag den Jammerrücken ausreißen lassen, hatte damit gerechnet, beim Sanitätsrate in der Gefängnis-Klinik ein schneidendes oder stichendes Etwas, vielleicht eine Sonde oder ein ähnliches scharfes Instrument an sich zu bringen. Dann hätten sie ihm lange Dunkel machen gekonnt. Keine zwei Tage mehr wäre er in der Gefangenschaft gewesen. Haha! am heiligsten Tage hätte er in der Hoffunde den ersten besten Wuscher angegriffen. So ganz plötzlich wäre er auf ihn gesprungen und hätte ihn erstochen, hätte mit dem Leblosen scheinbar geraucht und ihm dabei heimlich den Säbel am Knäuel gepackt. Wenn dann die anderen drei Wuscher ihrem Kollegen zu Hilfe geeilt wären, hätte er einen nach dem anderen erledigt.“

Das übrige dachte sich Jörns kinderleicht. Rufen würde er über die Scharen der verblüfften Mitgefangenen:

„Hierher, alle an die Mauer, wer mit heraus will. So — eine Pyramide gebaut. — So, — du hier, du hier, du hier. — Du auf diese und diese Schulter, du auf diese und diese.“

„Dann würde er, Jörns hinaufklettern, sich auf die Mauer legen und seine Genossen herauf helfen. So —“

„Nein, das würde Jörns Butnik nicht tun. Er war schon einmal so dumm. Drüben die Mauer hinunter würde er springen und laufen wie ein Hase, nein, wie ein Windhund. Aber den Säbel würde er mitnehmen.“

So ähnlich hatte er gedacht, als er sich zum Rapport meldete. Aber man hatte ihm mitgeteilt, daß sein Zahn erst am nächsten Tage gezogen würde, allerdings in der Zelle.

Jörns Butnik legte sich versuchsweise auf die Holzpritsche.

„Dunnet und Feuer, wie kalt und hart; wenn man ihm wenigstens einen Strohsack in den Arrest gelegt hätte. Das war das allerschlimmste was ihm die Bande antun konnte. Totquälten wollten sie ihn während der 13 Jahre, systematisch zugrunde richten, daß er die Freiheit nicht mehr erlebe. Und das alles wegen einem lumpigen Totschlag.“

„13 Jahre! nein nicht mehr ganz.“ widersprach sich der Frierende. „Nur noch 12 1/2, das wären, das Jahr zu 52 Wochen, 12 1/2 mal 52, ist gleich 650 Wochen, oder 4550 Tage. Dummerkiel, das ist lange. Kutsch, mein Zahn.“

Jörns Butnik erhob sich von der Pritsche und begann seinen Dauerlauf.

„Eins — zwei — drei — vier — fünf — kehrt! Eins — — halt! ob vielleicht der Wächter die Tür nicht verschlossen hat.“ Jörns probierte leise. Enttäuscht wandte er sich wieder seiner Pritsche zu.

Himmel und Feuer und Teufel, wenn ihm die Tierquälerei wenigstens eine Decke gelassen hätten. Nein, verrücken soll er, daß sie ihn los wären. Aber vor einigen Tagen da hatte er's ihnen gezeigt. Und wenn sie die verzeuflte Spritze nicht gehabt hätten, wäre er jetzt in Freiheit.“

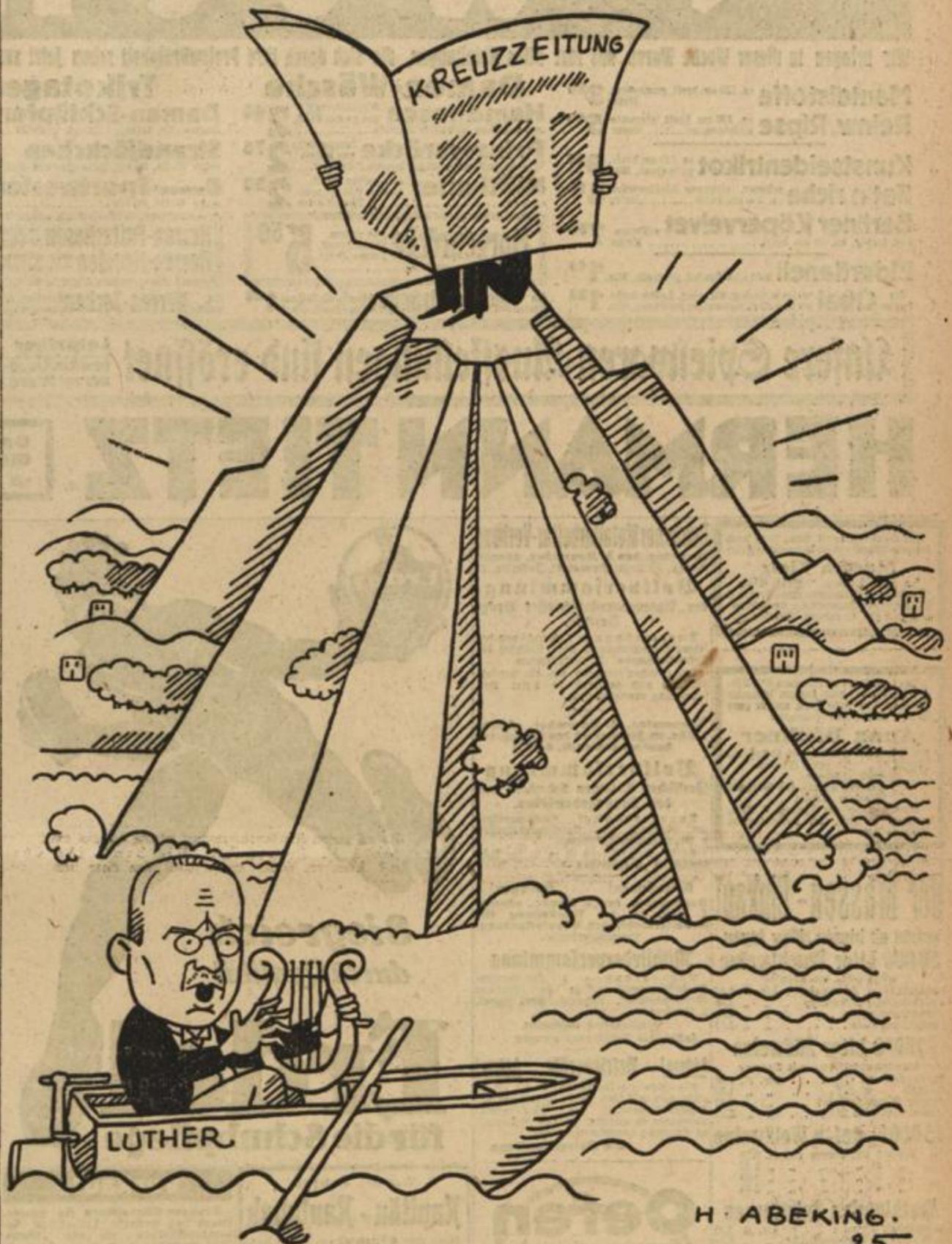
„Kutsch, mein Zahn.“ stöhnte er leise und gequält. „Ich halt's nimmer aus, 13 Jahre, nein, 12 1/2 nur, aber lange genug, zum Verzweifeln lange.“

„4550 Tage noch. hm! Wenn die Nachtweche sich in der Tür irren würde?“

Jörns Butnik hörte sie in dem unteren Stockwerk eine Zelle nach der anderen öffnen und schließen. Dann vernahm er die allnächstlichen gewohnten Schritte auf der Treppe zu seinem Stockwerk.

„Zwei Wächter“, dachte Jörns. „Ach was, meinerwegen fünf- undzwanzig, wenn sie sich nur in der Tür täuschen. Dummerkiel, jetzt machen sie die erste Zelle vorn am Gang auf. Himmel und Feuer und Teufel, wenn jetzt der Jörns Butnik zufällig dort drinnen wäre! Dem ersten würde er plötzlich den Wasserkrug auf den Schädel schleudern — so —. Der würde den Schlüsselbund an der Tür hängen lassen. Dann würde sich Jörns auf den zweiten Wächter werfen und ihm die Kehle zudrücken — so — noch fester — so — ganz feste, mit aller Kraft — so —.“

Luthers Schwanengesang.



Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,
daß ich so traurig bin,

ein Märchen von Rechtsblock und Pleiten,
das geht mir nicht aus dem Sinn. —

„Das gäbe kaum ein Geräusch.“
„Dann würde er die Schlüssel leise an sich nehmen und er wäre gerettet.“

„Dunnet und Teufel und Feuer! wenn sie nur nicht alle Nächte an seiner Zelle vorübergingen. Ausgerechnet an Jörns Butniks Zelle gingen die Freiglinge immer vorüber. In allen Zellen schauten sie, ob alles in Ordnung wäre, nur in seiner Zelle nicht.“ Jörns ballte die Fäuste, es wurde ihm auf einmal etwas warm. Die Nachtweche kam näher, noch fünf Zellen vor der seinen hatten sie zu kontrollieren.

Jörns fror plötzlich nicht mehr. In der rechten Hand hielt er den Wasserkrug, mit der linken Hand machte er würgende Gesten.

„Noch vier Zellen“, dachte Jörns. „Dort sitzt der Mädchenmörder, der feige Hund. Der würde nur Mädchen morden, aber keinen Mann. Oder gar zwei. Der Schwächling. Aber er, Jörns würde die ganze Welt erschlagen können, ermorden, heimlich oder offen, nur hinaus wolle er. in die Freiheit, das Hundeleben, das miserable hatte er bis an den Hals.“

Jörns Butnik stellte sich auf die Fußsohlen, breitspurig und wuchtig. Seine rechte Hand mit dem Krug machte eine kleine Bewegung nach rückwärts. Jörns hüfte sich und goß den Wasserkrug leise auf den Boden. Dann stellte er sich noch eine Spur fester auf dem Beton. Die linke Hand griff begehrtlich an das Türgebände.

Jörns Butnik würde dem Wächter im ersten Augenblick die Tür aus der Hand nach innen reißen und würde ihn niederschlagen. Noch zwei Zellen. Wenn sie nur nicht vorbeigehen.“

Jörns Butnik wurde es rot und grün vor den Augen.

„Noch eine Zelle. So jetzt Achtung.“
Jörns duckte sich wie ein Tiger zum Sprunge. Die Augen traten ihm aus den Höhlen, der Atem stockte ihm, leise flüchtete er die Fingerspitzen der linken Hand zwischen die Tür und das Gebände.

Da knickte er plötzlich zusammen. Die Wache war vorüber gegangen. Langsam trock Jörns das Blut zum Herzen. „Eisig kalt wurde es ihm.“

„Eins — zwei — drei — vier — fünf.“

Jörns blieb unter dem Fenster stehen. Dann reckte er sich auf die Fehen und tastete mit den Händen langsam nach oben unter den geschlossenen Laden. Mit einem Finger hatte er ein aus der Wand vorstehendes, hakenähnliches Eisen gefühlt. Dann ließ er sich auf die Absätze zurückfallen, zog sein leinernes Halstuch aus, knietete die Ripfel zusammen und hängte die entstandene Schlinge in den Haaren.

Noch einmal knierte er nach der Tür, ob die Wache nicht doch noch zurückkehrte. Dann lehnte er sich mit dem Rücken gegen die Wand zog sich an der Schlinge in die Höhe und jappete sich mit dem Kopfe hinein.

Wann wurde die letzte Heze verbrannt? Vor kaum 150 Jahren. Die letzte „Heze“ ist nämlich 1781 in Spanien verbrannt worden. In der Schweiz starb das letzte Opfer dieses traurigen Wahnes im Jahre 1780, in Frankreich um 1731. In Deutschland war die unglückliche Oberin des Klosters Unterzell bei Würzburg, mit Namen Maria Renata, das letzte Opfer des Scheiterhaufens. — Selbst 1866, also vor kaum 60 Jahren, wurde in der Rheinprovinz ein Fräulein, das eine zahme Taube mit sich führte, eben wegen dieser Taube — als bezwunderrächtig verhaftet. Sie war während eines Spazierganges in einem Landhause eingekerkert und hatte das Pech, daß während dieser Zeit im Stalle ein Kalb sich ungeschickt im Anbinde-seil verstrickte und erwürgte. Dies genügte, um sie als Heze anzugeigen. Zum Glück aber waren die Behörden vernünftiger, als die abergläubischen Anzeiger und verfügten die Freilassung der Fräuleins.

